

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Eingkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Stich der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage über deren Raum 30 A.

### Zur gesetzlichen Regelung des Tarifvertrages.

Von S. Kagenstein.

Die rasche Zunahme der kollektiven Vereinbarungen über den gewerblichen Arbeitsvertrag hat in wachsendem Maße gesetzliche Entwürfe gezeitigt, die eine rechtliche Abgrenzung und Sicherung der neuen Rechtsform zum Zweck haben. Es ist auch eine bestimmte Entscheidung, eine Organisationsform des modernen Wirtschaftslebens, die immer weitere Massen erfasst und einige Gewerbezweige schon völlig erobert hat, auf der Grundlage schwankenden Rechts und zweifelvoller Gesetzesauslegung aufgebaut zu sehen. Darum begreift es sich, daß in juristischen Kreisen, in denen eine klar formulierte und in ihrer Durchführung gesicherte rechtliche Regelung als wichtigstes Erfordernis einer sozialen Organisationsform erscheint, der gesetzlichen Klärung und Festlegung des Tarifvertrages ganz besonderes Interesse entgegengebracht wird. Dagegen finden wir in den Kreisen der nächsten Interessenten, Arbeiter und Unternehmer, viel geringeres Verlangen nach solcher gesetzlichen Festlegung; ja, direkt ablehnende Stimmen werden laut. Die letzte Nummer der „Gewerkschaft“, des Organs der österreichischen Genossen, bringt eine Betrachtung über die Frage im Anschluß an die beglücklichen Verhandlungen des deutschen Juristentages, in der „die nur allzu ausdrücklich angebotene Hilfe“ direkt verheißt wird. Dort wird das erwachte Interesse der Juristen für die Frage auf das Verlangen nach einem neuen Felde für geistige Gymnastik ihres Schaffens und die Neigung des Polizeistates, sich „herwärts“ unruhig zu machen, zurückgeführt.

Wir halten diesen Erklärungsvorschlag für wenig überzeugend. Wenn die Juristen nur Verlangen nach neuem Stoff für Meinungskämpfe und wohl auch Prozesse suchen, dann könnte ihnen die Fortdauer des jetzigen Zustandes der wild-wachsenden Vereinbarungen nur erwünscht sein. Denn es ist klar, daß ein Gesetz eine Menge Streitfragen einfach abschneiden und an ihre Stelle eine zweifelsfreie Regelung setzen würde. Und es ist doch kein Zufall, daß es gerade Gewerbetreibende, die in der täglichen Praxis des Arbeitsrechts stehen, und dem Rechtsempfinden der Arbeiter nahe stehende Gelehrte, wie Lotmar in der Schweiz, Raoul Jay in Frankreich u. a. sind, die diese Frage in ihrer Bedeutung anerkennen und sie mit Hilfe der Gesetzgebung zu lösen suchen. Es liegt vielmehr im Wesen der Sache, daß eine Frage von dieser rechtlichen Bedeutung nicht dauernd in wichtigsten Punkten ungeklärt und dem Zufall der Gerichtsauslegung oder dem Faustrecht des wirtschaftlichen Kampfes überantwortet bleiben kann. Damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß die Bedingungen einer befriedigenden Lösung heute bereits gegeben seien — noch weniger, daß das Interesse der Arbeiter an der Regelung groß genug sei, um irgend welche Opfer oder Zugeständnisse auf materiell-rechtlichem Gebiete anzunehmen.

Vornweg abzulehnen ist natürlich jedes wie immer geartete staatliche Aufsichtsrecht, jeder Versuch, durch Gesetz den materiellen Inhalt der Verträge festzulegen, jede gesetzliche Kastbarmachung der beteiligten Verbände über das Maß des Vertragsmäßigen, also freiwillig Nebenbeteiligten hinaus. Das Vertrauen der Arbeiter zum heutigen Staate ist so gering, daß sie nie darauf eingehen werden, dem Willen und der Auslegung seiner Organe schwererrüttelte Positionen preiszugeben. Es kann sich in der Hauptsache nur darum handeln, die Grundlage für eine gesicherte, von Zweifeln möglichst freie Vereinbarung zu schaffen und die Durchführung des Vereinbarten mit Hilfe des Rechtsweges

zu sichern. Dabei entstehen einige Fragen, die in bisher vorliegenden Gesetzesvorschlägen in verschiedener Weise beantwortet sind. Hauptsächlich handelt es sich dabei um den Geltungsbereich des Tarifs und um seine verbindliche Kraft. Wer unterliegt den Tarifbedingungen? Und welche Wirkung übt der geschlossene Vertrag? Schließlich: Wer wird aus dem Vertrage berechtigt?

Zumeist begnügt man sich damit, die Vertragsschließenden selbst, als welche auch die Angehörigen der vertragsschließenden Verbände angesehen werden, als dem Vertrage berechtigt und verpflichtet sein zu lassen. So heißt es in dem von Sulzer und Lotmar im Auftrage des Schweizerischen Grillvereins ausgearbeiteten Entwurf: Durch den kollektiven Arbeitsvertrag werden verpflichtet: 1. die Vertragsparteien; 2. alle einzelnen Gewerbetreibenden und Arbeiter, die zur Zeit des Vertragsabschlusses Mitglieder der dabei beteiligten Verbände sind. — Und der Entwurf, der Magistratsrat Wölbling-Berlin in Nr. 3 des „Gewerbe- und Kaufmannsgerichts“ veröffentlicht hat, bestimmt gleichermäÙen in § 4: Neben einem Verein von Berufsgenossen, welcher deren gemeinsame wirtschaftliche Interessen als Arbeitgeber und Arbeiter verfolgt (Berufsverein), gelten die Mitglieder als Vertragsparteien. Und nach § 6 soll der Berufsverein aus dem Vertrage klagen können, und zwar auch als Vertreter seiner Mitglieder.

Der Wölbling'sche Entwurf kennt von diesen Sätzen keine Annahmen — im Gegensatz zu den von Lotmar und Sulzer, von der Kommission der französischen Gesellschaft für soziale Studien und jetzt auch von der Regierung Finnlands veröffentlichten Entwürfen, die den Angehörigen der Berufsvereine das Recht einräumen, durch eine innerhalb 14 Tagen nach Abschluß des Vertrages abgegebene Erklärung sich der Rechtswirkung desselben zu entziehen. Lotmar und Sulzer machen zur Bedingung dieser Lossagung von dem Vertrage der eigenen Organisation den gleichzeitigen Austritt aus dieser und lassen sie nicht mehr zu, wenn die Betroffenen vorher ausdrücklich und mit Handelnd ihre Zustimmung zu dem Vertrage erklärt haben. Immerhin bleibt die bedenkliche Berechtigung, sich von der Vereinbarung der eigenen Organisation willkürlich zu befreien, die unter Umständen für Vertrag und Verband verhängnisvoll werden kann, im Widerspruch mit dem Wesen des korporativen Vertrages, der eine Unterordnung des einzelnen unter die Vereinbarung seines Verbandes zur Voraussetzung hat. Auch das österreichische Gesetz vom 5. Februar 1907, das den Genossenschaften (Zwangsgenossenschaften) des Kleinerverwerbes das Recht zu solchen Abschlüssen mit den Gehilfensammungen einräumt, kennt, entsprechend dem Zwangscharakter der Genossenschaften, kein derartiges Austrittsrecht.

Einen Schritt weiter in der Richtung zur öffentlichen rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses tut Genosse Robert Schmidt in seinem Entwurf eines Gesetzes betreffs Reichsarbeitsamt, Gewerbetreibender und Arbeiterkammer, einer Umarbeitung der schon öfter seit 1877 von der Reichstagsfraktion eingebrachten bezüglichen Entwürfe (Sozialistische Monatshefte 1908, Heft 8), der in §§ 119 e bis 119 h den Tarifvertrag behandelt. Er verlangt nicht allein die gesetzliche Verpflichtung der staatlichen und Gemeindebehörden zur ausschließlichen Berücksichtigung tarifreuer Firmen bei Lieferungen — eine Forderung, deren Erfüllung heute schon selbstverständlich sein müÙte —, er stellt auch die Möglichkeit vor, durch einfache Abstimmung einen abgeschlossenen Vertrag für das gesamte Gewerbe einzuführen, also auch die am Abschluß und an den Verbänden gar nicht beteiligten Arbeiter und Unternehmer zu verpflichten. Zusammen mit den ausgedehnten zwingenden Vorschriften des

Arbeitergesetzes und dem weitgehenden Aufsichtsrecht der Gewerbeämter würde das wohl die äußerste Beschränkung der Selbständigkeit des Einzelbetriebes sein, die mit der kapitalistischen Betriebsweise noch vereinbar wäre. Darum wird auch die Verwirklichung dieser Forderung so bald nicht zu erwarten sein, mindestens nicht ohne das Erfordernis einer erheblich qualifizierten Mehrheit. Wie sie das österreichische Gesetz, das auf der Zwangsorganisation aufgebaut ist, gleichfalls für die korporative Vereinbarung erfordert (Zweidrittelmehrheit), daneben noch Genehmigung der Landesbehörde.

Eine Frage, die nach dem geltenden Rechte strittig ist, aber immer häufiger im Sinne der zwingenden Rechtswirkung des Tarifvertrages entschieden wird, ist die, ob entgegen dem korporativen Vertrage abweichende private Vereinbarungen einzelner Unternehmer und Arbeiter getroffen werden können. Hier geben auch die verschiedenen Entwürfe voneinander abweichende Antworten. So will der des Schweizerischen Arbeiterbundes, der auch das Lossagungsrecht des Entwurfs Lotmar-Sulzer nicht kennt, dafür aber nur die Unternehmer durch den Vertrag gebunden sein läßt, die ihn abgeschlossen haben oder dem abgeschlossenen beigetreten sind, die von einem solchen Unternehmer vereinbarten abweichenden Bestimmungen eines Dienstvertrages für ungültig erklärt werden. Der Tarifvertrag soll zwingender Bestandteil der unter seiner Herrschaft abgeschlossenen Dienstverträge werden. Die gleiche Bestimmung finden wir in dem erwählten französischen Entwurf, ebenso in dem des finnischen Senats. Und Wölbling will sie für denjenigen Teil des Tarifvertrages gelten lassen, der ausdrücklich zum Inhalt künftiger Dienstverträge bestimmt ist. Im übrigen heißt es: Die Parteien dürfen tarifwidrige Dienstverträge nicht abschließen oder vertragswidrig bulden. — Tarifwidrige Dienstverträge zwischen den Parteien sind jederzeit fristlos kündbar. So soll nach den Forderungen der verschiedenen Gesetzesvorschläge der heute bereits von einem großen Teil der Gewerbegebiete und der Theoretiker anerkannte Grundsatz der zwingenden, unabhängigen Kraft des korporativen Vertrages gesetzlich festgelegt werden. So wenig etwa eine Postamtalt Portofaxe vereinbarten darf, die von den gesetzlich festgestellten abweichen, so wenig Ausnahmen von der Arbeiterversicherung oder vom Wahlrecht durch Privatvertrag mit rechtlicher Wirkung vereinbart werden können; ebensowenig soll die rechtsschaffende Macht des kollektiven Vertrages durch Privatwillkür beeinträchtigt werden können. Damit wird der statistische, dem Gesetz ähnliche Charakter dieser modernen Vertragsform anerkannt.

Daraus ergibt sich auch die Geltung des Tarifs für die von beteiligten Unternehmern mit außerhalb stehenden Arbeitern abgeschlossenen Dienstverträge. Der Schweizerische Entwurf spricht das ausdrücklich aus, indem er die von einem dem Tarifvertrag beigetretenen Unternehmer abgeschlossenen abweichenden Dienstverträge für ungültig erklärt. Der französische Entwurf fordert in solchen Fällen die Wirksamkeit des Tarifs nur in Ermangelung abweichender Abmachungen, will aber den Interessenten ein Klagerecht auf Aufhebung der Abmachungen einräumen. Ebenso will Wölbling den Vertragsparteien verbieten, vertragswidrige Dienstverträge abzuschließen, damit, also ein Klagerecht auf die Aufhebung solcher gewährt, spricht aber sonst nur von der Wirkung des Vertrages auf die Parteien selbst. Um Umgehungen des Vereinbarten zu verhindern, wird es nötig sein, diesen Ausweg kurzerhand zu sperren und nach schweizerischem Vorbild die dingliche Rechtswirkung des Vertrages für alle Verträge über an ihm beteiligten Arbeitgeber mit dritten Arbeitern, genau wie mit den Angehörigen der vertragsschließenden Arbeiterorganisation, auszusprechen.

Eine wichtige Frage ist noch die der Haftung für die Vertragserfüllung. Daß jeder Angehörige der beteiligten Organisationen oder vertragsschließenden Gesamtheiten für seine Vertragstreue haftet, ist — abgesehen von der Möglichkeit der Absicherung des Vertrages durch einzelne, wie etwaige Entwürfe sie zulassen — selbstverständlich. Ebenso die Haftung jeder Organisation für die von ihr selbst begangenen, veranlaßten oder geförderten Vertragsbrüche. Wölbting geht hier noch etwas weiter, indem er von den Berufsvereinen verlangt, daß sie ihre Mitglieder auf Aufforderung des verletzten Teiles an der Vertragsverletzung hindern, widrigenfalls sie haftbar werden. Er räumt ihnen auch ausdrücklich das Recht ein, von ihren Mitgliedern (die mit dem Austritt aus der Organisation ihrer Vertragspflicht nicht ledig werden) die Erfüllung ihrer Vertragspflichten zu fordern. Die Durchführung dieses Anspruchs wird freilich bei Arbeitern zumeist schwerer sein als bei den Unternehmern, die an ihrem Vermögen zu fallen sind. Wölbting will darum soweit gehen, durch Gerichtsurteil einen Verband zu zwingen, den Schuldigen auszuschließen — bei Androhung der Auflösung. Ferner sollen schuldige Unternehmer von staatlichen und kommunalen Lieferungen ausgeschlossen werden.

Wir sehen, es gibt noch mancherlei Fragen hier zu entscheiden. Aber es ist doch deutlich, daß der Gedanke des Tarifvertrages marschiert. Das Recht folgt bekanntlich immer der Macht. So ist das wachsende Interesse der Rechtswissenschaft für die Auslegung der Tarife und ihre gesetzliche Anerkennung ein Beweis wachsender Macht der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß. Bisher hat die Arbeiterschaft sich mit dem geltenden Rechte des Tarifvertrages, so schwankend und unzulänglich es in mancher Hinsicht auch ist, nicht schlecht abgefunden. Sie wird daher alle neuen Vorschläge, namentlich soweit sie Eingriffe in das innere Leben der Organisationen in sich schließen und die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel bei Verwirklichung des Vereinbarten erschweren, sorgsam zu prüfen haben. Denn ihre Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit ist mehr wert als alle Rechtsgarantien des bürgerlichen Staates. Jedenfalls aber wird auch die gesetzlich gesicherte Korporativvereinbarung eines der Mittel sein, den sozialen Gehalt des Arbeitsverhältnisses aus der kapitalistischen Hölle zu befreien und dazu helfen, den Lohnarbeiter zum freien Mann zu machen, soweit das im Kapitalismus eben möglich ist.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bedeutung des letztjährigen Wachstums der Emissionen. — Spekulative Vorkühnungen von Baumaterialienpreisen. — Novemberstatistik: Güterverkehr, Rohstoffe, Koks und Kohlen, Auswanderung.

Als einen ganz brauchbaren und guten Gradmesser des wirtschaftlichen Aufstrebens und Verzogens benutzt man, mit Recht, vielfach die Emissionen, das heißt die Ziffern über die Ausgabe neuer börsengängiger Wertpapiere. In den neuen Aktien — wirtlichen Unternehmensanteilen mit allen Gewinn- und Verlustumständen eines industriellen oder kommerziellen Betriebes — spiegelt sich in hervorragender Weise das geschäftliche Erweiterungs- und Modernisierungstreiben wider. Ähnlich in vielen neuen Schuldverschreibungen (Obligations, Pfandbriefe), die, im Gegensatz zu den risikoreichen, bald ertragsärmeren, bald extragründlicher Aktien, auf der Zusage eines bestimmten festen Zinsbetrages beruhen, deren rascher oder langsamer Auszahlung jedoch abermals der durchschnittlichen geschäftlichen Expansionslust oder -Unlust in der Industrieproduktion, in den Baugeschäften ungefaßbar parallel läuft. Einen mitunter recht störenden Einfluß auf die Emissionsziffern üben allerdings die Reiche und Staaten aus, deren neue Anleihebedürfnisse unter Umständen jeden Zusammenhang mit dem rein wirtschaftlichen Leben verlieren können, und zwar nicht nur in Kriegsjahren.

Wie kommt es nun, daß das Depressionsjahr 1908 so wenig der erwähnten Richtung entspricht? Es lohnt sich, am Jahresende auf diese Frage einzugehen, weil bei manchen Jahresabschlüssen aus der ziemlich lebendigen Emissionsstatistik von 1908 bereits recht günstige Schlüsse über den zusehends sich vorbereitenden Umschwung zur Prosperität gezogen werden.

Nimmt man in üblicher Weise die Reichsemissionen an als dem Effektenspiegel zum Anhalt für den Betrag der Emissionen aller Art, so gewinnt man in der Tat folgendes, geradezu verblüffendes Bild:

	1906	1907	1908
	„	„	„
Januar	2551238	2405242	1295716
Februar	1549616	7653282	1686694
März	1967136	6650985	2813393
April	2261897	6124782	2083329
Mai	2897789	1908635	1726072
Juni	3251833	2471871	2382268
Juli	3055284	1851563	3005953
August	2054988	1359629	1150948
September	3064899	1349148	2732524
Oktober	2218158	1228446	1665473
November	2033742	1080480	2552726
Dezember	1816822	1622404	—

Danach hätten fast alle Monate seit Juli, lediglich mit Ausnahme des August, über den Vorjahre 1907 gehalten. Dabei waren aber, wie man sieht, Juli bis September 1907 und selbst Oktober 1907 noch immer Gipfelzeiten der Konjunktur. Der September 1908 stände sogar über dem September nicht nur von 1907, sondern selbst von 1905, und endlich der letztberiesene November über dem gleichen Monat aller vorangegangenen drei Jahre 1905/1907, von denen 1906 und 1905 noch von unbegrenztem wirtschaftlichem Wagemut erfüllt waren. Da Reichs- und Staatsanleihen von der Emissionssteuer frei bleiben, so scheidet ihr ablenkender Einfluß bei der Statistik aus; nur die kommunalen und ausländischen Anfordernungen wären abzusondern, ohne daß jedoch dadurch das Gesamtergebnis durchschlagend geändert würde.

Wir gelangen auf die richtige Spur, wenn wir uns vor Augen halten, daß schon in der ersten Hälfte 1907 in einzelnen Monaten die Emissionen stiegen, um dann in der zweiten Hälfte, schon lange vor dem Ausbruch der amerikanischen Ölkrise, vollends in Stillstand zu verfallen. Es war damals eben kein Anlagebereich, anlageberechtigtes Geldkapital mehr aufzutreiben; Gemeinden, Hypothekengläubigen, Aktiengesellschaften aller Art unterdrückten daher wohl oder übel ihre Wünsche nach dauernder Heranziehung von neuen Kapitalien. Dafür aber hielten sie sich, soweit die Verhältnisse sie zwingen, vorübergehend in anderer Weise und mit der Absicht, später die erste günstigere Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen: man nahm in ungewöhnlicher Weise Bankschulden auf, man lebte von Wechselprolongationen und ähnlichen Mandaten, nur um sich über den Graben der „Geldknappheit“ für den Augenblick hinwegzuschwingen. Diese käuflichen Stellen wirft man im Fortzuge des Jahres 1908, bei allmählich, zuletzt immer rascher sich wieder herausbildender Geldflüssigkeit, selbstständig wieder beiseite; die vorjährige, an sich abnorme Abhilfe wird von neuem durch die normale Kapital- und Kreditbeschaffung ersetzt: durch „neue“ Emissionen, die damals unbrauchbar schienen und die heute gewissermaßen einen irreführenden Entstehungstermin als Datum erhalten. Schon die Banken, die früher mit abnormer Kreditgewährung nach allen Seiten befragten, mußten darauf hindeuten, um sich zu konfolidieren, ihre Abnehmerverbindlichkeiten wieder einzuschranken, um die schwer weiterzubehaltenden Forderungen in die bewegliche Gasse von Aktien und Obligationen umzuwandeln, denen sich seit dem „Geldüberfluß“ wieder ein genügender Abnehmerkreis an der Börse und in anderen Börsenmärkten eröffnet hat. Dieser Drang zu nachträglicher Umwandlung und Realisierung ist aber, wie man ohne weiteres sieht, etwas ganz anderes als das Erwerben neuer Unternehmungslust in der Produktion selber.

Wenn das „billige Geld“ in fühlbarer Weise die Produktion beleben sollte, so wird das wahrscheinlich in erster Linie in den Baugeschäften geschehen. Auf die Erwartung, daß das Frühjahr hier manche Besserung bringen werde, sieht man fast überall. Verbürgt man sich natürlich niemand dafür, selbst wenn alle politischen Vollen am Wallen und andwärts bis zum Frühjahr verliegen sollten. Aber kennzeichnend ist, daß in Zentralpunkten wie Berlin schon im voraus eine Steigerung der Baumaterialienpreise sich einleitet. So bracht man hier die Balkenpreise, die vor kurzer Zeit 42 für den Kubikmeter betragen, auf 48; auch der Handel in Fußbodenware findet zu etwas erhöhten Preisen statt. Viel beträchtlicher ist aber, falls die Zeitungsmitteln nicht bereits übertrieben, die Preissteigerung für Steine. Innerhalb eines Monats sind die Förderungen für Ginternaugensteine von etwa 19 pro Tausend auf etwa 29 hinausgerungen; in ähnlicher Maße haben sie sich für Kalksandsteine erhöht. Auch die Preise für Ziegel und Gips sind gestiegen. Zu der Aufwärtsbewegung hat der Umstand beigetragen, daß der Berliner Ziegelwerksverein einstimmig Preisfestlegungen getroffen hat, unter welche er keinesfalls herabgehen will. Ferner werden wieder Verhandlungen über die Bildung einer Berliner Ziegelverkaufvereinbarung gepflogen, die jetzt bessere Aussichten auf ein Gelingen haben soll, als bisher; da eine größere Zahl von festen und auswärtigen Ziegelwerken im Wettbewerb gegen die Konventionsbestrebungen aufgetreten haben. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Errichtung einer gemeinsamen Verkaufsstelle, welche, neben der Preisregelung, die Verpflichtung übernehmen würde, den Mitgliedern auf die zu liefernden Ziegel Vorkäufe, etwa in halber Preishöhe, zu gewähren. Andere Stimmen sprechen von einem mehr spekulativen Ring, dessen Aufrechterhaltung, wie sich denken läßt, die Gesundung des Baugeschäftes wesentlich erschweren dürfte.

Leider liegen jetzt am Jahresende die meisten Statistiken nur bis November vor. Sie alle sind wenig kräftig. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im November 1908 um 8947408 niedriger als 1907; es bedeutet das gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme pro Kilometer von 4223 der 7.68 pft. Die Rohstoffeiproduktion (für Deutschland und Luxemburg) steigt seit dem Februar dauernd unter 1907 und sogar 1905. Die Novemberziffer endlich lautet (in Tonnen):

1908	1907	1906	1905
930738	1112225	1061572	988000

Dem entspricht die Einschränkung der Koks erzeugung für Deutschland nach den „Nachrichten“ des Reichsamtes des Innern im November 1908 1749 911 Tonnen gegen 1885 931 Tonnen in 1907, in allen 11 Monaten 1908 19 537 382 Tonnen gegen 20 025 185 Tonnen in 1907. Selbst die Steinkohlenproduktion von 1907 und 1908 sind sich im November zum ersten Male zum Verwecheln nahe gerückt. (November 1908 12 169 320 Tonnen gegen 12 096 120 Tonnen in 1907 — in allen 11 Monaten 1908 jedoch noch immer 130.73 Millionen Tonnen gegen 131.39 Millionen Tonnen in 1907.)

Die Einwanderung soll in Amerika wieder eine gewöhnliche Bemerkung zeigen, verglichen mit dem Tiefstand nach den schonungslosen Arbeiterentlassungen im vorigen Winter. Unsere deutsche Auswandererförderung rednet nach wie vor mit ganz enorm verminderten Menschenmassen aus Deutschland wie vor allem aus den Nachbarländern. Ueber deutsche Häfen emigrierten im November 1908 im ganzen 1364 Deutsche gegen 2730 in 1907, ferner 14 496 Angehörige fremder Staaten gegen nicht

weniger als 34 699 in 1907. Seit dem Beginn des Jahres bis Ende November zählte man 16 179 Deutsche (gegen 26 101 in 1907) und 89 040 fremdegebürtige (gegen 855 063 in 1907). Unsere Hamburger und Bremer Grohredereien sind daher noch lange nicht am Ende des Geschäftsjahres angelangt.

Berlin, 27. Dezember 1908. Max Schippel.

## Politische Umschau.

Reichsdefizit. — Sozialpolitisches Risiko. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Arbeitslosigkeit. — Zur Lage und Bewegung der Bergarbeiter. — Unternehmerteil über die „Gelden“. — Die Politik der Sparjamkeit. — Preussische Polizei und Reichsvereinsgesetz. — Massenstreik in Budapest. — Die Sozialdemokraten im österreichischen Parlament fordern die Verstaatlichung des Eisenhandels. — Ein „Attentat“ auf den Präsidenten der französischen Republik. — Die fürdtbare Erbrentenatmosphäre im Sibirien.

In der Zeit der Jahreswende, zwischen dem Weihnachts- und Neujahrsfest, pflegt das politische Leben ruhiger zu pulsieren als sonst. So war es auch jetzt. Auf dem politischen Gebiet hat sich seit unserer letzten Umschau nichts von besonderer Bedeutung ereignet. Die deutsche Presse hat ihre Betrachtungen über die innere und äußere politische Lage angestellt und dabei recht wenig Kräftiges und Erfrullendes zu sagen gewagt. In den fortgeführten Auseinandersetzungen über die Reichsfinanzreform hat sich ergeben, daß das Defizit für das Reich im nächsten Jahre ein noch viel erheblicheres ist, als Staatssekretär Sydow vor einigen Wochen dem Reichstage vorgelesen hat. Er meinte, daß die Einnahmen des Reiches im laufenden Etatsjahr um 113½ Millionen hinter dem Vorschlage zurückbleiben würden. Jetzt ist erwiesen, daß Herr Sydow damals sich arg berechnete hat. Nach den neuesten Feststellungen erreicht das Defizit bereits in den ersten acht Monaten des laufenden, am 31. März 1909 zu Ende gehenden Etatsjahres die Höhe von 132 Millionen Mark. Die Hölle allein haben eine Mindereinnahme von 82 Millionen Mark ergeben. So erscheint es nicht ausgeschlossen, daß am Ende des Etatsjahres ein Defizit von nahe an 200 Millionen Mark besteht. Daß damit die Schwierigkeiten der Reichsfinanzreform wachsen, ist klar, ebenso daß unter diesen Umständen für den Fonds, der aus den Zulassungssüssen für die Witwen- und Waisenrente zur Forderung zusammengestellt werden soll, nur sehr wenig übrig bleiben wird.

Auf die Hochschuldpolitik hatten unsere Reichsfinanzkünstler so große Hoffnungen gesetzt, und nun zerfällt die außerordentlich starke Mindereinnahme der Hölle diese Hoffnungen gründlich. Nur die Großagrarier und eine kleine Zahl Großindustrieller können mit Befriedigung auf die Wirkungen dieser Politik hindeuten; ihnen hat sie die Taschen gefüllt.

Die Mindereinnahme an Zöllen ist übrigens auch ein Beweis für das Verhalten der schlichten wirtschaftlichen Konjunktur. Die Jahreswende hat nicht das geringste Anzeichen dafür erbracht, daß die Krisis sich mildert. Mit dem Weihnachtsfest hat sich eine Periode außerordentlich starker Kälte in allen Ländern des mittleren und nördlichen Europa und selbst nach dem Süden hinübergreifend eingestellt. Solche Schindungen der Natur üben natürlich im allgemeinen einen ungünstigen Einfluß auf das Wirtschaftsleben aus; besonders störend und lähmend greifen sie in das Baugeschäft ein. Die Kälte hat die schon schonen gewaltige Zahl der Arbeitslosen noch mehr anschwellen machen. Aus allen Ecken laufen darüber Mitteilungen ein. Die Gewerkschaften sind unermüdetlich in der Erörterung dieser schlimmen Situation und in dem Bemühen, die öffentlichen Gemalten zu einem energischeren Vorgehen zurechtzubringen der Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Aber leider scheinen diese Bemühungen bis jetzt noch irgend einen nennenswerten Erfolg gehabt zu haben. Die preussischen Minister des Handels und des Innern empfehlen in einer gemeinsamen Erklärung „besondere Maßnahmen“ gegen die Arbeitslosigkeit. Als wirksamstes Mittel konnte dafür in Betracht, daß, ebenso wie von privaten Auftraggebern, vor allem auch von allen öffentlichen Stellen, die selbst Unternehmer von Betriebsvermittlungen sind, oder sonst Arbeiter beschäftigen usw., dafür Sorge getragen werde, daß Einschränkungen ihrer Betriebe vermieden werden, daß ihnen begonnene Arbeiten möglichst in verstärkter Maße fortgeführt und neue tüchtig umgeben in Angriff genommen und daß Aufträge für späteren Bedarf, wenn irgend anhängig, auch auf Vorrat erteilt werden. Die Verwaltungen des Staates und des Reichs haben entsprechende Anordnungen bereits getroffen; auch eine Anzahl von Kommissarvorträgen ist mit bezüglichen Maßnahmen vorgegangen. Die Regierung werden nun erlucht, auch auf diejeniger weiteren und engeren Kommunalverbände sowie die sonstigen öffentlichen Verbände, die in dieser Beziehung noch zurückbleiben, in dem Sinne einzuwirken, daß sie ihre gewerblichen Betriebe in vollem Umfang aufrecht erhalten, daß sie Baracken aller Art, Installationen oder sonstige Arbeiten, deren Ausführung für die nächste Zeit in Aussicht genommen ist, wenn irgend anhängig, schon jetzt in Angriff nehmen und begonnene in beschleunigtem Tempo fortführen, daß sie ihren Material- usw. Bedarf auch für die nächste Zeit sofort in Arbeit geben, um den beteiligten Referenzen die unverminderte Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zu ermöglichen. Von besonderer Bedeutung würde es sein, wenn diejenigen öffentlichen usw. Verbände, welche Arbeiterkolonien, Wanderarbeitsstätten usw. für die Beschäftigung Arbeitsloser unterhalten, für einen Ausbau und eine Erweiterung dieser Einrichtungen sorgen würden, um bei einer Fortdauer der Arbeitslosigkeit auch einer gesteigerten Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung bieten zu können.

Wir glauben nicht, daß diese Maßnahmen viel nutzen werden. Die öffentlichen Stellen könnten ja, wenn sie ernsthaft und energig zu sein, in der Tat durch schnelle Zusage von Arbeit den Arbeitslosen einen unerheblichen Teil der Arbeitslosigkeit beitragen. Es wäre ihre heilige Pflicht, das zu tun, aber nach den letzten gemachten Erfahrungen wird man großen Hoffnungen sich nicht hingeben dürfen. Vom privaten Unternehmertum ertornt wir schon ganz und gar nichts. Denn das richtet

schick ja lediglich nach seinem Profitinteresse und klammert sich den Kredit darum, ob Dünkelbauende Arbeiter mit ihren Familien vom schlimmsten Elend betroffen werden. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist, was wir aus einer Eingabe erleben, die der Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes an den Verein für die bergbauartigen Interessen im Oberbergamtsgebiet Dortmund gerichtet hat. Diese Eingabe beschäftigt sich mit den Lohnablägen, Feiern, Kassen und Ausstellungen auf den Bergen des Ruhrbezirks. Es wird dargelegt, daß die schnellen und starken Lohnherabsetzungen, mit denen manche Berge gerade im Weihnachtsmonat rücksichtslos vorgegangen seien, die Bergbauvereine und deren Familien in große Aufregung versetzt hätten. Der Vorstand des Bergbauvereins möge deshalb auf alle Rechenverwaltungen in dem Sinne einwirken, daß die Gehälter in Anbetracht der teuren Lebensmittel gar nicht, die Gehaltsgelöhner aber dann nur um ein geringes reduziert werden, sofern die Kostenpreise weiter fallen. Ebenfalls Aufregung hätten verschiedene Waffenhandlungen und die Einleitung von Feiern, die sich in der bergbaulichen Arbeiterschaft bemerkbar machten. Die Bergbauvereine seien besonders darüber unzufrieden, daß auf manchen Berge Feiern und sogar rücksichtslose Sparderegeln im Weihnachtsmonat vorgenommen worden seien, während auf anderen Berge eine ganze Anzahl Arbeiter in die Armut getrieben würden. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes bitte, die Beschlüsse der Rechenverwalter dahingehend herbeizuführen, daß unvermeidliche Betriebsänderungen einseitig auf alle Kosten des Arbeiters verfallen, die Verantwortung einzelner Vermieden und von Abänderungen ganz abgesehen werde.

Nebenbei haben die Vorstände der Bergarbeiterorganisationen, aller Verband, politische Vereinigungen und der Gewerkschaften der Bergarbeiter (Grunder), namentlich gemeinlich beschlossen, für den 31. Januar 1909 einen allgemeinen Bergarbeiterkongress nach Berlin einzuberufen. Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Einführung von Grundgesetzen, welche von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate gebilligt werden.
2. Einführung eines Reichsberggesetzes unter besonderer Beachtung a) des Bergarbeiterstandes und Regelung des Strafwesens, b) Einführung der achtstündigen Schichtzeit und c) der einheitlichen Normen des Ansparschutzes.
3. Verbot und Bestrafung der schwarzen Listenysteme und der dauernden Sperren.

Man darf mit hohem Interesse den Beratungen und Beschlüssen dieses Kongresses entgegensehen.

Der unter der Herrschaft des Zentrum stehende Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat die Teilnahme an dieser Aktion abgelehnt unter der Motivation, daß er „zur Abhaltung überflüssiger Kongresse und sonstiger Zusammenkünfte nicht zu haben sei“, er könne jetzt weder Zeit und Geld nutzbringender verwenden.“

Wenn das kein offener Verrat an gerechten und wichtigen Interessen der Arbeiterklasse ist, so gibt es einen solchen nicht!

Daß derjenige Teil des Unternehmertums, der sich die Pflege und Ausgestaltung des guten Gewerkschaftswesens zur Aufgabe gemacht hat, die schlechte Wirtschaftslage und die Massenarbeitslosigkeit dazu benützte, dieser Aufgabe mit noch viel größerem Nachdruck zu dienen als sonst, kann nicht wundernehmen. Aber es gibt doch auch im Unternehmertum noch Männer, die diesem Nutzen entschieden widerstreben. In dem Arbeiterjahrbuch des „Gelben“ Verlags veröffentlicht der Kommerzienrat Wang-Bamberg, Mitglied des Reichstages, einen Aufsatz über die „Gelben“. Er erklärt, die gelben Arbeiter- und Arbeitervereine könne man eigentlich gar nicht als Gewerkschaften ansprechen, und führt aus:

„Sie sind meist bemüht, ein harmloses Dasein zu führen, stellen vielfach an die Spitze ihrer Bestrebungen überaus nützliche Dinge, wie Unterstützung für Krankheits- und Sterbefälle, Alterspensionen, pflegen daneben auch die Gesehelligkeit, Singen und Turnen. In der Haupttendenz aber machen sie offen oder verdeckt Politik, indem sie die bestehenden selbständigen Gewerkschaften zu untergraben suchen.“

„Diese neuartigen Organisationen treten in den verschiedensten Formen und wohl meistens auf Anregung der Arbeitgeber ins Leben, hier als Werksvereine, nationale oder vaterländische Vereine, dort als Spar- und Prämienvereine oder mit dem sonderbaren Namen: Verein unorganisierter Arbeiter. Nicht alle diese Spielarten dürfen in bezug auf ihre Tendenz in einen Topf geworfen werden. Zu unterscheiden haben wir lediglich mit aller Schärfe, ob der Verein — offen oder verdeckt — auf das Streikrecht verzichtet und damit die Koalitionspolitik seiner Mitglieder zu nichte macht und ob er sich nicht die Aufgabe stellt, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu schwächen, indem er ihnen Mitglieder absperrt und ihnen bei Gelegenheiten in den Rücken fällt. Solche Vereine verdienen als gelbe bezeichnet zu werden und haben das Stigma als Verräter der Arbeiterrechte zu tragen.“

„Der Kongress beurteilt sehr entschieden, daß die „Gelben“ das wichtigste Recht des Arbeiters, das Recht des Zusammenschlusses zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen, vernichten und untergraben wollen, und fügt hinzu:

„Daß diese schlimmen Folgen bei den gelben Organisationen notwendigerweise eintreten müssen, auch wenn dieser Entwurf aus den Satzungen häufig nicht erschließt ist, darüber besteht nicht der leiseste Zweifel mehr.“

„Der Hauptkritikpunkt ist die freie Selbstbestimmung der Arbeiter, sondern der Druck der Arbeitgeber. Um eines geringen Betrages, einer Geldprämie willen oder wegen der Aussicht auf eine Unterstützung in der Zukunft, die ihm wie ein Rißer hingehalten wird, verkauft ein solcher Arbeiter sein ihm vom Gesetz gewähltes Koalitionsrecht, während er vor Augen sieht, wie seine Arbeitgeber vor dem gleichen Recht für sich den ausgiebigsten Gebrauch machen und sich in einem mächtigen Unternehmenverband zusammenschließen. Die Solidarität der Arbeiterinteressen wird ihm ein fremder Begriff und der soziale Gehalt geht ihm dabei völlig verloren.“

„Es ist wichtig in unserer Zeit nicht belanglos, daß ein Unternehmer die Solidarität der Arbeiterinteressen

anerkennt, gegen die die Masse des Unternehmertums beständig geradezu fanatisch wütet.“

Offizielle Reden haben zum Schluß des Jahres ergläubt, dem Volke die tröstliche Versicherung spenden zu können, daß sowohl die Reichsregierung wie die der preussischen Staatsregierung rücksichtslos die ungünstigen Finanzlage namentlich ernsthaft entschlossen sind, „äußerste Sparmaßregeln“ walden zu lassen. So soll u. a. nach einer Verfügung des Kriegsministers bei allen militärischen Bauten auf einjährige Ausstattungen und Einrichtung geachtet werden. Nach dem „Berl. Vol. Nachr.“ will auch die preussische Verwaltung hauptsächlich auf dem Gebiete des Bauwesens sparen. Es heißt darüber: „Soweit Neubauten in Frage kommen, wird zunächst das Baubedürfnis auf das sorgfältigste geprüft, und wo ein wirklich dringendes Bedürfnis nicht anzuerkennen ist, der Bau für spätere Zeit zurückgestellt.“ Wo das dringende Bedürfnis eintritt, wird der Bauplan nach den Regeln strenger Sparmaßregeln eingerichtet. Weher im Umfang noch in der Ausstattung wird über das unbedingt Erforderliche hinausgegangen. Und dieses Bestreben, Sparmaßregeln walten zu lassen, beschränkt sich keineswegs auf die noch vorzunehmenden Bauten. Auch soweit Staatsbauten bereits in Angriff genommen, aber noch nicht dem Abschluß nahe gebracht sind, werden die Baupläne sorgfältig nachgeprüft und alles daraus fortgeschritten, was irgend entbehrlich ist. Dies gilt namentlich auch von den im Bau begriffenen Regierungsgebäuden.“

Wir können uns des Bedenkens nicht entschlagen, daß gerade auf dem Gebiete des Bauwesens in Sparen zu viel geleistet werden könnte. Was für öffentliche Bauten ausgegeben wird, das ist abgesehen von wirtschaftlichem Luxus, für das Baugewerbe nicht zu unterschätzen, und dann könnte fast weiser Sparmaßregeln sehr leicht eine höchst bedenkliche Anarchie Platz greifen. Wenn es richtig ist, was die offizielle Politik besagt, daß man gerade jetzt unter dem Gesichtspunkt der Sparmaßregeln Bauten, für die ein dringendes Bedürfnis nicht vorliegt, für spätere Zeiten zurückstellen will, so muß man fragen, wie sich das vereinbaren läßt, mit den oben erwähnten ministeriellen Anweisungen, gleich Einsetzung der Arbeitslosigkeit öffentliche Bauten baldmöglichst in Angriff zu nehmen?

Eine hübsche Weihnachtsfeierung hat die Polizei von Stuttgart bei Berlin in „lokalen“ Handhabung des Reichsbereinsgesetzes dem dortigen demokratischen Verein gemacht. Sie hat ihm aufgegeben, für die eingetragenen Vereinstatuten eine Stempelmarge von 1.50 und zugleich ein Verzeichnis der Mitglieder des Vereins einzufenden. Wenn die Stuttgarter Polizei das Vereinsgesetz kennen würde, so müßte sie wissen, daß sie nicht berechtigt ist, solche Forderungen an einen Verein zu stellen. Gostentisch wird ihr das im Versteherverfahren recht drallich begreiflich gemacht. Der Vorfall zeigt aber wieder aus neue, wie die von der Regierung im Reichstage verhoffene „lokale“ Handhabung des Reichsbereinsgesetzes in der Praxis beschaffen ist.

In Budapest ist es am Schluß des Jahres zu einer Kundgebung der Arbeiterklasse durch Massenstreik gekommen. Veranlassung dazu war eine Mitteilung des Ministers des Innern, die bezüglich der Auflösung der Fachorganisationen der Metallarbeiter und Tischlergeschäften besagt, daß in der Untersuchung über die Demonstrationen vom 8. Oktober erwiesen worden sei, die Demonstrationen seien mit Redoubten und Eisenhaken von jener Organisation ausgerichtet worden, und daß ferner im Schoße jener Organisation die Veranstaltung weiterer Kundgebungen geplant worden seien.

Auf diese Mitteilung hin hielten am Mittwoch, den 30. Dezember die Vertrauensmänner sämtlicher sozialistischer Fachorganisationen eine berufliche Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, als Antwort auf die Suspendierung der Fachorganisationen der Metallarbeiter und Tischlergeschäften von Donnerstag ab einen 24 stündigen Massenstreik zu veranstalten.

Am Mittwoch Abend beim Schichtwechsel stellten 4000 Maschinenarbeiter und 1000 Schiffwerftarbeiter die Arbeit ein. Ein wirklicher Massenstreik, der ungefähr 100 000 Arbeiter hätte umfassen müssen, kam nicht zu Stande. Es dürfte kaum der größte Teil davon sich an der Kundgebung beteiligt haben. Da die Zeitungsjäger streikten, so konnten am 31. Dezember die Wähler nicht erscheinen.

Um der wackeren Preispolitik des Eisenkartells ein Ende zu machen, hat die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses einen Antrag auf Verstaatlichung des Eisenhandels eingebracht, aus dessen Begründung wir folgendes mitteilen:

„Ohne sich darüber zu kümmern, daß die Kartellwirtschaft eine unvermeidliche Wirkung des Sonder Eigentums an den konzentrierten Arbeitsmitteln ist und erst mit ihm verschwindet, halten es die Antragsteller doch für eine Aufgabe des Staates, heute schon wenigstens die gefährlichsten Folgen der Kartellwirtschaft zu bekämpfen und die Vergesellschaftung der von den Kartellen beherrschten Arbeitsmittel vorzubereiten.“

Sinter der hohen Zollmauer geborgen, bereutet das Eisenkartell der gesamten inländischen Produktion eines der wichtigsten Produktionsmittel. Dadurch wird die Kaufkraft des inländischen Marktes geschwächt und die Ausdehnung unserer Ausfuhr erschwert. Die Kosten aller öffentlichen Unternehmungen und Arbeiten werden durch die hohen Eisenpreise zum Großteil der Steuerzahler erhöht. Das Eisenkartell erschwert die Gründung neuer Betriebe, indem es ihnen das Eisen nur unter besonders ungunstigen Bedingungen liefert, es hemmt dadurch die Ausdehnung unserer Industrie und hält den Kartellen seiner Abnehmer unbedeutende Konkurrenz vom Wege. Nicht nur im Interesse der Volkswirtschaft, sondern auch im Interesse der Staatsfinanzen muß die unbeschränkte Macht des Eisenkartells gebrochen werden.“

Als ein wichtiges Mittel zu diesem Zwecke erscheint den Antragstellern die Monopolisierung des Großhandels mit Eisen durch den Staat. Das staatliche Eisenhandelsbureau wird den Großhandel mit Eisen technisch ebenso gut beförtern können wie das Verkaufsbureau des Kartells.“

Auch ein „Attentat“ hat sich kurz vor Jahresluß ereignet, von dem Motiz zu nehmen, daß allerdings kaum der Mühe wertlos. Der Präsident der französischen Republik wurde auf einem Spaziergange von einem kleiner namens Matris angegriffen, an der Kehle gepackt und am Warte gerast. Ein sehr harmloses „Attentat“, das jedem Menschen passieren kann. Der „Attentäter“ ist ein üblicher Genotrier, Mitglied eines der beiden Syndikats, das mit Schlagring und Messer gegen Streikende vorgeht, und übrigens im Dienste der Reaktionäre steht. Der Attentäter, welcher erklärte, er habe den Angriff auf den Präsidenten nach guter Ueberlegung ausgeführt und sich einer „patriotischen Pflicht“ rühmte, wurde natürlich verhaftet.

Was die Menschen in der „heiligen Woche“ an Schrecknissen nicht leisteten, das leistete die Natur. Die südlichen Provinzen Italiens, Sizilien und Calabrien, wurden abermals, zum zweiten Male im kurzen Laufe von drei Jahren, von einer Erdbebenkatastrophe heimgesucht. Dieses Naturereignis nur, worüber unsere Leser hier ja wohl aus der Tagespresse unterrichtet haben werden, von einer beispiellosen Fürchtbarkeit. Messina, Reggio, Palmi und andere Städte, sowie unzählige kleine Ortschaften an der Ostküste von Sizilien und der Westküste von Calabrien wurden in wenigen Stunden durch die Naturmächte, gegen die der Mensch völlig machtlos ist, zerstört, sojagener geradezu vom Erdboden weggerafft. Nahezu 200 000 Menschen sind dabei umgekommen. Der Jammer und das Elend dorten lassen sich wohl niemals recht beschreiben. Hier ist nun wieder eine gewaltige ernste Gelegenheit, daß die Humanität international sich betätigt; die Solidarität der Menschheit: einen solchen Ausdruck findet nicht nur in Worten des Mitleidens, sondern auch in tatsächlicher Unterstützung des schwer heimgesuchten Landes. Hier besend einzuzutreten, ist eine heilige Pflicht aller Kulturenationen. Wäge die Erfüllung dieser Pflicht sie ablenken von dem Betrübsten zum fragestischen Massenmord! Wäge die fürchtbare Katastrophe ihnen allen zum Bewußtsein bringen, daß sie einander Unterstützung im Geiste der Solidarität und Brüderlichkeit schuldig sind!

## Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland: Maurer:

- Hansastädte:**  
**Hamburg** (Sperren bestehen über die Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grashbrook und der Vulkanwerft, Schornsteinbaufirma Diedrich und die Betonfirma Wilhelm Scheide), **Lübeck** (Sperre über die Zwischenunternehmer Madel & Jabs);  
**Mecklenburg:**  
**Sülze** (Sperre über Holdorf);  
**Ost- und Westpreussen, Posen:**  
**Goldap** (Sperre über Wendt);  
**Königr. Sachsen:**  
**Leipzig** (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, Ebert & Rödel, Ecke Brandvorwerkstrasse und Kantstrasse), **Leutzsch** (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), **Mülben** (Sperren über E. Meier in Ortmanndorf und F. Döhn in Mülben-St. Niklaus), **Pirna** (Sperre über Wolf in Grunpa), **Plänten I. V.** (Sperre über die Zementbaufirma Wölle);  
**Provinz Sachsen und Anhalt:**  
**Merseburg** (Sperre über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt);  
**Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf);  
**Thüringen:**  
**Ronneburg** (Sperre über Kretschmar);  
**Hannover-Oldenburg:**  
**Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Osterholz-Bitterfeld** (Sperre über Bahnbauten, Unternehmer Stabenow in Gütersloh), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerks);  
**Westfalen und Rheinland:**  
**Düsseldorf** (Sperre über Zensen in Bonrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth), **Castrop** (Sperre über Vellouen);  
**Elsass-Lothringen:**  
**Strassburg** (Sperre über Schütterle).

### Fliesenleger:

**Mülheim-Ruhr** (Sperre über Möhlenbruck & Mathois), **Cöln** und **Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **Kiel** (Sperre über Gebr. Rabe, Kasernenbauten), sowie Differenzen im Allgemeinen.

### Isolierer und Steinhölzer:

**Leipzig** (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krauss, Moltkestr. 23), **Cöln** (Sperre über die Korkelithwerke).

### Oesterreich:

**Karlsbad, Liesing.**

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterberegell darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes bekanntgemacht werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind angegeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 21. Dezember 1908 bis 2. Januar 1909 für folgende Mitglieder erteilt:

H. Döhlhäger-Sommern, Verb.-Nr. 72 556; S. Bohnhof-Sonderburg (Frau), 187 956; G. Böhler-Wannheim, 285 586; Chr. Drens-Schadenberg, 324 545; Joh. Köhling-Sagen, 139 627; S. Waldmann-Göttingen, 130 156; R. Hartmann-Erfurt, 263 543; C. Schmidt-Magdeburg, 43 363; Aug. Seibert-Münchenberg, 88 079; Fr. Fr. Kömer-Rodenhausen, 137 087; Dr. Niehler-Berden, 178 232; Fr. Gottwald-Breslau, 16 056; R. Schumann II-Zwenkau (Frau), 110 075; Robert Hermann-Altenburg, 50 232; Joh. Tiefenbach-Cöln, 60 950; R. Döbber-Eutin (Frau), 87 900; A. Boguslawski-Berlin, 56 819; Heinr. Böhler-München, 228 780; S. H. Karr-Spenmühl, 229 580; Ernst Neumane-Freyhan, 69 718; Ed. Raffner-Zittau, 398 416; Gust. Lange-Samburg (Frau), 113 868; Ric. Roos-Wannheim (Frau), 295 713; G. E. Kuttig-Zittau (Frau), 287 812; R. Sommer-Weigen (Frau), 52 848; W. Seier-Altenburg, 50 411; Aug. Jinn-Berden, 53 286; W. Nicht-Magdeburg, 42 044; Aug. Wieg-Zwettau, 899 817; F. Ritt-Würzburg, 287 160; Peter Eschschick-Mainz, 341 236; Marg. Schmidt-Brandis (Frau), 219 007; M. Leitner-Münster, 307 498; Fr. Schulz-Jelenski, 108 760; S. Harwig-Galle, 25 345; Fr. Graf-Frankfurt a. M., 272 612; S. Foyer-Wordensham, 91 359; Aug. Schmidt-Gradow (Frau), 113 431; K. F. Runge-Dresden, 189 150; Joh. Marcks-Kiel, 148 228; Andr. Töhr-Wagdeburg (Frau), 42 882; Carl Bremer-Zeitzingen, 101 033; Gustaf Fest-Bremerhafen (Frau), 55 732; E. Katteln-Rudolfs, 8887; M. Draxenfeld-Zittau, 173 520; Hermann Rohleber-Altdam (Frau), 49 989; Fr. Langhelm-Essen, 223 917; Th. Müller-Greifswald, 74 436; Ernst Lorenz-Düben (Frau), 64 910; F. Brem-Grödenmühl (Frau), 183 610; K. Hofe-Vrem (Frau), 115 824; Frig Lampe-Bremen, 85 498; Fr. Beckmann-Zwickau, 899 658; Heinr. Otto-Naumburg a. d. S., 130 675; G. Schönfeldt-Berlin (Frau), 258 124; C. Kirchner-Berlin (Frau), 87 074; Joh. Wolff-Ritt-Göpel (Frau), 18 452; G. Heinert-Briegleb, 367 307; W. H. Dörrer-Zittau (Frau), 357 567; M. Hiebelscher-Singen (Frau), 283 364.

Beistellungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köhler, Hamburg 1, Wesendendorferhof 56, zu adressieren. Bei jeder Beistellung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 29. Dezember 1908 bis 4. Januar 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Amberg M. 1,20, Alt-Cöfel 72,02, Augsburg 459,95, Anklam 187,10, Altenburg 95,57, Braunschweig 1885,97, Borsdorf 104,21, Barth-188,08, Belgard 65,04, Barch 248,87, Bremen 1000, Bergen a. M. 808,92, Belgern 22,33, Brüllow 4,72, Cobitz 156,76, Crimmitschau 944,90, Eutin 449,50, Calefeld 212,71, Coburg 200, Gostwig 171,14, Gummersdorf 98,76, Drensbürg 208,37, Ederndorf 60,61, Eisenach 877,56, Elmshorn 172,05, Flöha 96,45, Fulda 96,85, Friedland i. Mecklenb. 221,82, Friedrichshagen 75,40, Gengenbach 43,70, Glauchau 22,74, Götzig 8,80, Grimmen 53,38, Gützkow 63,98, Gabelsch 46,44, Groß-Mannsdorf 75,24, Gollnow 59,58, Gröningen 12,24, Harta 17,92, Hörde 89,19, Hültenrode 124,04, Hellbrunn 718,90, Hagenow 90, Seifritz 56,06, Hilbersheim 966, Heidenheim 181,24, Heinrichsdorf 114,92, Zeridom 56,21, Ingersleben 217,88, Jechow 76,96, Königshütte 811,15, Kolberg 233,95, Kronach 61,82, Ronitz 100, Laage 204,40, Lyden 152,78, Lüben 93,40, Lützow 72,24, Lützenau 70,89, Liegnitz 374,15, Rehin 281,25, Roditz 89,28, Neumünster 128,72, Mühlberg a. d. Elbe 260,87, Mügeln 19,32, Mühlengrund 212,27, Wittenswalde 146,20, Neustadt a. d. Harz 214,33, Neustadt 123,69, Neubadensehen 567,24, Neustettin 169,09, Neustettin 422,94, Neubrandenburg 180,01, Neufalke 103,44, Neuburg 60,61, Osterburg 48,68, Ostfeld 182,39, Paffau 151,90, Penig 276,84, Quechlinburg 353,35, Riebar a. Harz 165,12, Rohlfen 362,02, Rodensitz 85,74, Rodensitz 421,21, Rudolfskatt 181,27, Ruxla 115,70, Schöningen 286,16, Schmalenberg 298,90, Schlei 273,63, Schandensehen 243,20, Seehausen b. Wangelsen 18,77, Seinfenberg 550, Stralund 522,85, Schivelbein 145, Schmalkalden 99,90, Schmöndorf 259,05, Schwaberg 110,24, Schlaue 113,45, Schlotheim 108,16, Triesch 135,51, Treptow a. b. R. 88,80, Traunstein 122,85, Nordermünde 216, 111 222,02, Wegeled 370,02, Wilshofen 1,99, Wilschhofe 114,49, Woldenberg 38,91, Wriegen 18, Wriegen 299,30, Woldeg 270,04, Wilschmshaven 638,44, Wittenberg 400, Walsrode 236,02, Waren 214,20, Welenberg 157,38, Wilsch 247,56, Witzburg 200, Zerbst 131,59, Zeitz 200, Zwenkau 125, Zwickau 90.

b) Für Kassenber. Amberg M. 10, Bremen 50, Barth 7,50, Belgard 5, Barth 4; Bergen 6,50, Cobitz 1, Calefeld 7,50, Drensbürg 2,50, Eisenach 100, Friedland 7,50, Forchheim 3, Fulda 2,50, Harta 2,50, Heilbronn 25, Heidenheim 15, Königshütte 9,50, Kronach 23, Laage 5, Lausitz 3, Mühlberg a. d. Elbe 13,50, Neufalke 3,50, Neustadt a. d. Harz 25, Neustadt 12,50, Osterburg 5, Penig 4, Paffau 15, Quechlinburg 6, Rohlfen 12,50, Schöndorf 12,50, Seehausen b. Wangelsen 3, Schivelbein 17,50, Schlei 12,50, Seehausen b. Wangelsen 3, Schivelbein 5, Treptow a. d. Elbe 5, Ulln 17,50, Wilschhofe 5, Wriegen 5, Wilschmshaven 5, Weimar 5, Walsrode 10.

c) Für Futterale. Cöbitz M. 2, Kolberg 2, Schlotheim 2.

d) Für Protokolle. Alt-Cöfel M. 4, Augsburg 13, Anklam 4, Bremen 61, Borsdorf 1, Barth 15, Belgard 1, Barth 4, Bergen-1,80, Calefeld 4, Eutin 3, Coswig 3, Gummersdorf 1, Cobitz 3, Crimmitschau 22, Drensbürg 3, Cienada 16, Elmshorn 1, Friedland 3, Flöha 3,40, Fulda 1,20, Gollnow 3, Gengenbach 2, Glauchau 6, Gützkow 5, Gabelsch 3, Heilbronn 5, Hilbersheim 6, Heidenheim 3, Halle 22, Friedrichow 1, Ingersleben 4, Königshütte 9, Kolberg 3, Kronach 3, Lyden 3, Lüben 6, Lausitz 1, Lützenau 3, Mühlberg 3, Mieritz 3, Mühlengrund 9, Neumünster 3, Neustadt a. d. S. 3, Neustadt 2, Neubadensehen 9, Neustettin 3, Neubrandenburg 3,

Neufalke 1, Osterburg 3, Paffau 3, Penig 4, Quechlinburg 11, Riebar 3, Rohlfen 7, Ruxla 5, Schmalenberg 1, Schlei 3, Seehausen b. Wangelsen 3, Stralund 11, Schivelbein 6, Schöndorf 3, Senburg 7, Schlotheim 5, Traunstein 5, Treptow a. d. Elbe 2,80, Triesch 4, Nordermünde 3, Ulln 5, Wegeled 1, Wilshofen 1, Wriegen 1,20, Walsrode 6, Wilschhofe 1, Waren 3,40, Welenberg 1, Woldenberg 3, Wriegen 1, Wriegen 4, Woldeg 3, Wilschmshaven 21, Weimar 5, Zwenkau 1, Zerbst 4,20.

e) Für „Zahrbuch“. Bremen M. 1, Schöningen -50. f) Für „Arbeit und Kultur“. Augsburg M. 1,50, Flöha 1,50.

Marken-Verband. Vom 12. bis 31. Dezember sind Marken befannt worden (B = Eintrittsmarken, P = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalsonnmarken):

Altenburg 100 B & 40 A, 100 A & 25. Arnburg 30 B & 30. Althaldensleben 10 B & 40. Achim 200 B & 50, 200 B & 75, 100 B & 40. Annaberg 50 B & 35. Apternrode 50 B & 50. Voienburg 160 B & 45 A. Viesenthal 50 A & 25. Brunsbüttelkoog 200 B & 55. Burgundfabrikt 100 B & 40. Bergen 200 B & 30, 200 A & 25. Münde 800 B & 40. Bergen 600 B & 40. Burgdorf 100 L & 10. Wolfenbüttel 400 L & 10. Burg b. Magdeburg 100 L & 25. Barmstede 200 L & 10. Burg 300 B & 30. Barnen 6000 L & 10. Brandenburg 1000 K & 10, 1000 L & 20. Bielefeld 3000 L & 10. Braunschweig 400 B & 35. Cunnerdorf 100 A & 25 A. Camburg 100 B & 35, 50 A & 25. Crotten 200 A & 25. Cassel 1000 A & 25. Cöltrin 50 B & 35. Coppenit 150 A & 25. Deutsch-Eylau 100 A & 25 A. Dorimund 2000 B & 65. Delitzsch 100 B & 40, 100 A & 25. Deutsch-Rasselwitz 200 A & 25, 200 L & 10. Dahlen 200 B & 35. Erlangen 100 A & 25 A. Egelin 10 B & 40, 30 A & 25. Erfurt 600 A & 25. Eichhof 200 A & 25. Erlner 60 B & 65, 50 B & 25. Eßneroda 50 B & 30, 50 A & 25. Eichhof 50 B & 40. Friedeberg 50 B & 30 A, 50 A & 25. Frankenberg i. S. 200 B & 40, 50 A & 25. Febrbellin 100 A & 25. Gera 200 A & 25 A. Gronau 500 B & 40, 100 B & 35. Gohlfershausen 100 B & 40. Greene 300 B & 30. Groß-Bude 100 A & 25. Grefenbagen 100 B & 40, 100 A & 25. Gleiften 25 B & 40, 75 A & 25. Goltzen 60 B & 30. Heirichswalde 50 A & 25 A. Herzogsmarck 600 L & 5. Heiligenhafen 100 B & 40, 100 L & 10. Hörde 600 K & 10. Hagenow 100 B & 40. Tseehe 10 E & 50 A, 100 A & 25. Jüterbog 200 B & 30, 40 A & 25. Kaufberg 100 B & 30 A. Karlsruhe 600 B & 40, 400 A & 25. Kröpellin 100 B & 40. Krafow 50 A & 25. Könitz 40 B & 40. Leischn 100 A & 25 A. Landenberg a. d. Rh. 50 A & 25. Luda 200 B & 45. Eßraach 100 B & 50, 300 K & 10, 200 L & 10. Lützenburg 30 B & 45, 50 A & 25. Luroshütte 75 B & 35. Langenweßerbörs 300 L & 10. Meiningen 100 A & 25 A. Mühlhausen i. Thür. 600 B & 45, 100 A & 25. Meiersberg 4 B & 50, 100 L & 20. Romanes 150 A & 25 A. Reustadt a. d. Harz 1000 K & 10. Reustettin 200 B & 40. Remminger 50 A & 25, 300 K & 10. Rorberne 400 K & 20. Rorheim 300 B & 35. Norden 100 A & 25. Odeßlo 300 B & 50 A. Osmünde 100 B & 30. Potsdam 300 A & 25 A. Preeb 100 B & 55. Posenwalz 400 A & 25. Pöfermühl 80 B & 35. Penig 50 A & 25. Ptauen i. Bogit. 200 B & 45. Preßlig 100 A & 25. Pletternberg 100 L & 10. Querfurt 150 B & 35 A, 250 B & 30, 400 A & 25. Ratzenow 300 B & 55 A. Ronneburg 100 B & 35. Neppen 150 A & 25. Raftenburg 200 K & 10. Rostok 400 A & 25. Ruxla 50 A & 25. Schnefmühl 600 L & 20 A. Schivelbein 50 B & 35. Schleswig 200 B & 55. Stadthagen 100 B & 35, 200 B & 30, 500 L & 10. Stadthelfendorf 200 B & 35. Saarmund 150 A & 25. Scheußitz 500 B & 50, 400 A & 25, 300 B & 35. Einl 20 E & 50, 10 E & 150. Etzenal 50 B & 50. Schmelen 100 B & 70. Stuttgart 600 A & 25. Schwerin i. M. 50 B & 40. Schwepingen 50 B & 40, 50 B & 55. Schlei 300 B & 35. Trebbin 400 A & 25 A. Trachenberg 400 B & 30, 200 L & 10. Tautenhain 50 A & 25. Tübingen 200 B & 50. Londen 100 A & 50. Trebitsch 50 A & 25. Wieritz 200 B & 55 A. Unterweißbach 300 B & 40. Wieß 20 A & 25 A. Wandsburg 100 A & 25. Wilschhofe 100 L & 10. Wyl 150 B & 50 A, 50 A & 25. Weifenfels 500 B & 50. Wittenberge 200 B & 50, 1 E & 300. Wittfod 100 B & 35. Wilsen 100 B & 40, 50 A & 25. Werder 100 B & 65, 100 A & 25. Wernigerode 200 A & 25. Weimar 200 L & 5. Wriegenburg 100 A & 25. Wilschmshaven 1000 K & 20. Wittingen 50 B & 35. Wriegenhausen 50 B & 30, 50 A & 25. Zellin 50 A & 25 A. Zwickel 25 A & 25. Zwinge 60 A & 25.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Carl Hoff-Strasburg i. C. (Karte-Nr. 12502), S. Andre-Bremer (Verb.-Nr. 14291), Hermann Eder-Dresden (1949), Fr. E. Schulz-Dresden (144866), Konr. Wrieg-Halle (296 967), G. Kerner-Meißendorf (304 288), Joh. Witt-Mainz (141572), Paul Wolff-Zittau (883 118), Wimg. Giering-Polen-Güden (304 563), W. Seufelder-Berlin (1291), Otto Hoff-Sannover (31 389), W. Heller-Zittau (45 806), W. Hoff-Sannover (154208), Joh. Hoff-Augsburg (276 986), W. Schulz-Güden (154208), Landeshut (378 401), G. Wrieger-Gleichen-Germann Emersil-Landeshut (378 401), G. Wrieger-Effene-Doltrow (498 921), Wrieger-Mühlner-Forchheim (424 570), G. Heller-Düffelhof (172 579), Frig. Neubauer-Düffelhof (291 398), Franz Werner-Bremen (371 798), Georg Bauer-Wannheim (Karte-Nr. 14 458), F. W. Dey-Frankfurt a. M. (22 491), Joh. Schwager-Wüdingen, 88 144, Paul Schmidt-Crimmitschau (140 176), G. Santsch-Wriegen (14 948), Fr. Schneider-Desau (63 715), F. Hertz-Münster (Karte-Nr. 13 133), Peter Haller-Münster (138 786), H. Gröten-Wannin (135 153), J. Andr. Pann-Borsheim (293 601), G. Dr. Richter-Dresden

(328 378), Jul. Wöpple-Stuttgart (390 165), Joh. Eber-München (395 216), Fr. Sauer-Wanderg (462 320), Fr. Oldenburg-Durgdorf (108 304), R. Sanders-Sauppisse (473 751).

Ausgeschlossen ist auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Erlmühle: Fr. Sögger (Verb.-Nr. 215 007). NB. Die Namen berichtigten Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Sagen i. B. S. Hohenlimburg: Karl Meier, geboren 25. Mai 1877 zu Ungern (Verb.-Nr. 78 111).

Um Angabe seiner Adresse wird ersucht vom Zweigverein Sagen i. B.: Rudolf Zimmermann, geboren am 28. September 1888 zu Steddingen (Verb.-Nr. 378 600). Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Verhandlungsbericht.

Abrechnung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands für das dritte Quartal 1908.

Einnahme in den Zweigvereinen.

Vom 2. Quartal am Orte verblichene Hauptkassengelder M. 4132,90. In Eintrittsgeldern 5525,50. In Mitgliedsbeiträgen 1009187,95. In Ertra-Beiträgen 8467,50. Zufluss aus der Hauptkasse: a) Mitgliedsbeiträge, Gemahregelten, Reise-, Krankens- und Sterbenterrücklagen 1287,31. b) Streits und Banstücken 29876,15. In sonstigen Einnahmen für die Hauptkasse 2251,48. Summa M. 1060728,78.

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingelante Beiträge usw. M. 598359,44. Für Streits und Banstücken 55558,81. In Sterbenterrücklagen im Winter 119,60. In Sterbenterrücklagen an Streitende 496,-. In Mitgliedsbeiträgen 10716,15. In Gemahregelnterrücklagen 8502,19. In Ueberführung in Stranthschaftsfallen 195389,25. In Ueberführung in Sterbenterrücklagen 21229,70. Mittel der Zweigvereine an der Beiträgen und Eintrittsgeldern 244983,45. Hauptkassengelder am Orte behalten 8843,22. Verfügte in den Zweigvereinen 851,58. Summa M. 1060728,78.

Einnahme in der Hauptkasse.

Beitrag am 30. Juni 1908 M. 6083,82. Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse 115,75. An die Hauptkasse eingekandt für Beiträge usw. 593869,44. Von hängelander Streitunterstützung zurückgeandt 782,96. Sonstige Einnahmen 185,12. Zinsen belegter Kapitalien 3016,75. Zurückgezogene Kapitalien 4900,-. Summa M. 650523,84.

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für das Jahrbuch „Der Grundstein“ M. 55667,85. Zeitungen in fremden Sprachen 1670,63. Agitation 84482,70. Streits im eigenen Gewerbe 29876,15. Streitkontrollen 8036,12. Zufluss an Zweigvereine: Mitgliedsbeiträge, Gemahregelnterrücklagen usw. 1277,31. eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes und Ausschusses 684,86. Abhalten des außerordentlichen Verbandstages in Hannover 1908. 85526,25. Beitrag an die Generalkommission für 2. Quartal 1908 7786,06. Beitrag an die Zentralkommission für Bauarbeiterkongress 1140,37. den Kalender 1909 (Druck und Einband) 12403,30. statistische Aufnahmen 157,80. 1500 Stück von Schipfels „Hochkonjunktur“ 380,-. Protokolle von der achten, neunten und zehnten Hauptversammlungskongress 489,50. Protokolle vom sechsten Gewerkschaftskongress 34,40. Vervollständigung der Verbandsbibliothek 89,-. Mitgliedsbücherliterale 488,76. Sachliche Verwaltung: a) 2000 Kassenbücher 1180,-. b) 69 Bücher „Die Organisation der Maurer“ 85,50. c) 3000 Jahrbücher (gedruckt) 3208,-. d) 25 000 Mitgliedskarten 493,-. e) Flugblätter 999,-. f) 200 Protokolle der Maurer- und Bauearbeiterkongress 69,50. g) 200 000 Aufnahmestifte 300,-. h) sonstige Druckarbeiten 563,50. i) sonstige Buchbindarbeiten 33,70. j) Stempel und Zubehör 133,90. k) Schreibmaterial 196,85. l) Buchreinesigung, Färbung usw. 811,75. m) Reinigungsabkommen und Dringelohn 46,65. n) Materialbedarf 501,90. o) Materialbedarf 185,50. p) Kalenderverlag 831,94. q) Briefporto und Bestellgeld 80,80. r) sonstige Ausgaben 80,80.

Per Dant belegt Summa M. 636480,95.

Bilanz.

Ertrahme. M. 650523,94
Ausgabe. 688480,95
Kassenbestand. M. 14042,69

Hamburg, den 1. Januar 1909.

Z. Koffer, Kassierer.

Vorsteher Rechnungsbuch ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

Die Revisoren:

G. Marks, W. H. Albrecht, W. H. Koch.

Quittung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind aus Zweigvereinen nachstehende Beiträge eingegangen:

Oktober 1908: Rangen i. Hesse M. 0,40, Bedau 2,95, Nötha 4,45, Winden 0,30, Mülin i. S. 2,95, Warne 1,45, Schellbren 0,40, Deyngaußen 1,45, Halberstadt 5,10, Buzlau 1,45, Schmiedberg 3,56, Thorn 3,40, Gr. Alsterfeld 0,20, Schneidemühl 0,45, Glogau 0,20, Werda 2,95, Braunschweig 3,25, Forst i. d. L. 3,55, Stavenhagen 8, Altm 3, Baugen 0,90, Neuhardenberg 0,20, Zerbst 0,90, Guben 3,30, Holzinden 1,35, Zehndorf 8, Bromberg 3,60, Rognitz 4,50, Wergan 45,72 (dabon 38,52 für Grödt-Ueberweisung), Rauenburg a. B. 0,70, Teterow 0,30, Erfurt 0,20, Döhlendorf 0,45, Burg b. M. 1,50, Nieditz 1,50, Siebenbrunn 1,20, Okerode i. Pr. 3, Alfenorf-Soden 2,70, Annaberg i. Erzgeb. 1,50, Vorna i. S. 2,20, Cella 0,90, Magdeburg 0,90, Nürnberg 0,90, Geibelberg 0,60.

November: Cunnersdorf M. 3, Wronberg 0,75, Götta 3,90, Erfurt 0,45, Delligsh 3,60, Kettwig 1,20, Lyden 0,30, Glogau 0,20, Gilling 0,45, Nohla 1,80, Sprechtal 1, Göttsch 1,45, Birzen 0,30.

December: Bilkow 0,30, Buchholz 3,15, Neubufow 17,06 (Ueberweisung), Tillitz 0,40, Lyden 0,30, Glogau 0,40, Gemmler 5, Janina 2,35, Arensee 0,60, Neuhardenberg 0,20, Krißhain 7,92 (Ueberweisung), Bremen 3,44 (Ueberweisung), Moorburg 8,69 (Ueberweisung).

Die Expedition des „Grundstein“.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

Gau Dresden.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstande berufen wir hiermit die regelmäßige Gaunkonferenz für den Gau Dresden auf Sonntag, den 28. Februar 1909, ein. Sie beginnt Punkt 11 Uhr vormittags im Dresdener Volkshaus, Algenbergstr. 2, 1. Et.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Gauvorsitzenden. 2. Agitation und Lohnbewegung. 3. Anträge. 4. Die Arbeitslosenliste. 5. Wahl des Gauvorstandes. Die Delegiertenwahlen haben nach § 7 d des Verbandsstatuts zu erfolgen.

Der Gauvorstand. J. A. Aug. Friedrich.

Berichte.

Warth. In der am 3. Januar abgehaltenen Versammlung wurde G. Peters als erster Vorsitzender und G. Müller als erster Kassierer gewählt. Die Wahl verlief gut, denn die Kollegen melbten sich freiwillig zu den Aemtern; dann wurde die Abrechnung verlesen. Der Lokalattestbestand beträgt A 434,21. Bei Punkt „Gewerkschaftliches“ wurden die Kollegen zur Vornahme der Arbeitserhebungswahl gewählt. Sodann wurde beschlossen, drei Kollegen zur nächsten Versammlung einzuladen, die sich wegen eines Verstoßes gegen einen Versammlungsbeschluss verantworten sollen.

Dentsch Kasselwitz. Der hiesige Zweigverein hielt am 25. Dezember seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Leider fehlten, wie immer, die jüngeren Kollegen. Es wäre angebracht, daß gerade sie sich an den Versammlungen beteiligten, denn sie haben es wohl am nötigsten. Genosse Schödl referierte über das Thema: „Arbeiterversicherung und soziale Weiterbildung“, und las hauptsächlich Vorschläge. Ferner wurde dem am Neuwärter Streit beteiligten Kollegen ihre Raubzeit vorgehalten und ihnen geraten, sich für den nächsten Streit besser vorzubereiten. Die alten Revisoren, außer dem Kollegen Hilberding, wurden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, da man sonst ihre Nachlässigkeit der Öffentlichkeit mitteilen werde. Auch die Kollegen aus Gießen und Schönnau können jetzt, da wir ein Lokal haben, in die Versammlung kommen. Sodann erfolgte die Wahl des Vorstandes; der alte Vorstand wurde wiedergebittet. Der Kassierer ist jeden Monat am 1. und 15. zu Hause und nimmt Beiträge entgegen.

Langenwehndorf. Am 27. Dezember d. J. hielt der hiesige Zweigverein bei Sporn seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht, der Verhandlungsstoff war sehr reichhaltig. Da der Kassierer, Kollege Kratner, nicht anwesend sein konnte, erstattete Kollege Roth den Kassenbericht, worauf man dem Kassierer Entlastung erteilte. Bei der Wahl des Vorstandes wurden alle bisherigen Mitglieder mit Ausnahme des Kollegen Kratner, der Familienverhältnisse halber das Kassiereramt nicht bekleiden kann, wiedergebittet; an Kratners Stelle wurde Kollege Scharg gewählt. Unter „Arbeitsangelegenheiten“ wurde beschlossen, eine „Stellungstafel“ am 23. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Sporn durch Versammlung und gemüthliches Beisammensein zu feiern.

Loburg. Einer der buntesten Wäntel für die Arbeiterbewegung war bisher auch die Stadt Loburg und Umgebung. Auch die Maurer konnten erst gar nicht einsehen, daß sie nur im Stande wären, ihre Lage zu verbessern, wenn sie sich dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anschließen. Wohl hatten schon öfter einige Kollegen, wenn sie in der Großstadt arbeiteten, dem Verbande angehört; aber sobald sie wieder zu Hause arbeiteten, war es mit der Mitgliedschaft wieder vorbei und niemand dachte daran, für immer dem Verbande treu zu bleiben. So schien es, als ob auch

dies Jahr wieder zur Reize gehen sollte, ohne daß die Maurer gewonnen wären, einmal über ihre Erwerbverhältnisse zu reden. Doch unser Gauverband in Magdeburg hat sich dann bemüht, die Kollegen von Loburg, Wöden und Umgebung für den Verband zu gewinnen. Ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen war gewonnen und durch Bekannmachung im „Freisblatt“ waren auch acht Maurer in der ersten Versammlung am 17. November erschienen. Der Kollege G. Bernd-Magdeburg referierte über das Thema: „Warum müssen sich die Maurer von Loburg und Umgebung organisieren?“ Beifällig wurde das Referat angehört und die anwesenden Maurer traten zur Gründung des Zweigvereins zusammen und beschloßen, alles zu tun, um die übrigen Maurer in die nächste Versammlung zu bekommen. Diese tagte am Sonntag, den 20. November, und war von 26 Kollegen besucht. Der Kollege Bernd war wieder anwesend und nach einem kurzen Referat traten alle Kollegen dem Verbande bei, bezahlten auch sofort ihr Eintrittsgeld und drei Wochenbeiträge für das laufende Jahr. Heute hat der Verein 30 Mitglieder, und somit die Mehrzahl der hier wohnenden Maurer in der Organisation vereinigt. Können wir, daß bald die Mehrzahl der hier beschäftigten Kollegen dem Verbande beitrifft; denn nur dann ist es möglich, die Verhältnisse zu verbessern. Die Kollegen in Wöden haben sich vorläufig noch nicht angeschlossen, obwohl auch dort zweimal der Versuch gemacht wurde. Diese Kollegen haben ihren alten Vergütungsverein noch sehr lieb, schießen auch auf die organisierten Kollegen, die dort gelegentlich arbeiten, haben aber selbst keine Lust, Opfer zu bringen. Nun, die Loburger Kollegen haben den festen Willen, an der Ausbreitung der Organisation zu arbeiten, sie werden auch die Kollegen von Wöden nicht aus dem Auge lassen und mit Hilfe des Gauverbandes immer wieder versuchen, alle Kollegen dem Verbande zu gewinnen.

Magdeburg. Am 1. Januar hatten die organisierten Maurer von Schandeburgen und Umgebung bei dem Kollegen Friedrich Däneke I eine Besprechung über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und die Obliegenheiten der hiesigen Organisation. Es waren sechs wichtige Punkte zu erledigen gewesen, aber die 16 Anwesenden (von 104 der Zahlstelle Angehörigen) konnten keine Beschlüsse fassen. Die Raubzeit der Schandeburger organisierten Maurer ist gar nicht zu verstehen. Es waren von ihnen sieben Mitglieder anwesend. Wenn es gilt, diese oder jene Ausführungen des Vorstandes zu bemängeln, dann sind ja immer genug zur Stelle, aber sich selber einmal zu einem Posten herzugeben und für die Interessen ihrer Kollegen einzutreten, das fehlt den meisten von den häufig Abwesenden der Mut; wahrscheinlich ist diesen Kollegen die Organisation Nebenläufige. Gerade in dieser Zeit der Krise sollten doch die Arbeiter fester zusammenhalten und alle für einen und einer für alle einsehen. Alle Sonntag nach dem Ersten jeden Monats finden Besprechungen der Zahlstelle statt.

Wreit. In der am 27. Dezember 1908 abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde zunächst der Bericht vom Gewerkschaftsrat entgegengenommen. Beschllossen wurde, die Sitzungsgelder der Delegierten künftig selbst zu bezahlen, statt wie bisher aus der Kartellkasse zahlen zu lassen. Als dann erstattet der Vorsitzende den Jahresbericht. Er stellte dabei fest, daß die Kollegen in diesem Jahre ihre Beiträge ziemlich gut entrichtet haben. Im übrigen wurde der Bericht für richtig anerkannt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Betreffs der Entscheidung des Vorstandes der Verwaltungsberechtigten wurde, den ersten Kassierer und die Hilfskassierer mit 10 pro Quartal zu entlastigen. Der Vorsitzende erhielt pro Jahr A 25. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender der Kollege Tinn wieder gewählt. Auch der bisherige erste Kassierer, Kollege Rahn, wurde wiedergebittet. Die Kollegen Steen und Giering wurden in die Punktkontrollkommission gewählt.

Wreit. Am 27. Dezember fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Bei der Vorstandswahl wurden als erster Vorsitzender Kollege E. Zehner wieder und als erster Kassierer Kollege Emil Krause-neugewählt. Da sich die vielen hier geschehenen Beschlüsse oft widersprechen, so wurde der Vorstand beauftragt, Vorschläge zur Regelung der Beschlüsse auszuarbeiten. Nach Kollegen wurden wegen rückständiger Beiträge ausgelassen. Daraus gab Kollege E. Zehner eine kurze Lebenshilfe von der Tätigkeit in diesem Jahre. Er führte in seiner Rede aus, daß wir in diesem Jahre ebenfalls unter der Krise zu leiden gehabt hätten; wir haben mehr Arbeitslose als je zuvor. Zum Schlusse erwähnte er die Kollegen, fest und treu zum Verbande zu halten. Es wäre sehr zu bedauern, daß die Kollegen nicht zum Verbandslokal gingen, sondern lieber andere Lokale aufsuchten. Mit dem Wunsche auf Verbesserung und mit einem dreimaligen Hoch auf das weisere Gedenken des Verbandes schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neichenhall. Dienstag, den 29. Dezember, tagte im Gewerkschaftshause unsere ordentliche Generalversammlung. Der Besuch hätte besser sein können; es waren ungefähr 70 pro. der ortsanfässigen Kollegen anwesend. Der Bericht des Vorstandes wurde zum ersten Male schriftlich niedergelegt, um in späterer Zeit als statistisches Material zu dienen. Nachdem die Berichte der einzelnen Ausschussmitglieder eingelesen waren, wurde ein Antrag auf Entlastung des Gesamtschusses angenommen. Die Wahl des Ausschusses ging glatt von statten und brachte bedeutende Veränderungen. In Punkt „Vereinsangelegenheiten“ entspann sich über die Verschmelzungsfrage des Zweigvereins Raufen an der Salzhau mit dem Zweigverein Reichenhall eine ziemlich heftige Debatte, die mit dem Beschluß endete, in die Generalversammlung des Zweigvereins Raufen einen Delegierten zu entsenden. Ferner wurde daran Kritik geübt, daß sich viele Kollegen um den Arbeitsnachweis nicht kümmern und so dem Arbeitsnachweisführer die Arbeit erschweren.

Stahlfurt. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Werter Kollege! In Nr. 2 des „Grundstein“ ist der Bericht über die Stahlfurter Generalversammlung enthalten. Darin ist erwähnt, daß der Vorsitzende des Parteiverstehens gesagt habe, Partei gebe der Gewerkschaft. Am diese Verheerung knüpfte die Redaktion des „Grundstein“ die beiden Fragen: „Wann und warum?“ Der Unterzeichnete,

Vorsitzender des Parteiverstehens und organisierter Maurer, sieht sich demnach gezwungen, beide Fragen zu beantworten. Zu Frage 1: Es dürfte in vielen Kreisen nicht unbekannt sein, daß die sozialdemokratische Partei früher vorhanden war, als die Gewerkschaftsbewegung; daß erst Sozialdemokraten die Gewerkschaften gegründet haben. Also seit Bestehen der sozialdemokratischen Partei gibt es die Gewerkschaften. Zu Frage 2: Man sollte meinen, es dürfte niemand mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß das Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften eng begrenzt ist. Es sind dazu geschaffen, in der gegenwärtigen Produktionsweise die Lage des Arbeiters etwas zu verbessern, indem sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen von den Arbeitgeber erlangen. Nebenbei erfüllen sie noch einige andere sehr schöne und nützliche Aufgaben, um dementwillen allein sie — die Gewerkschaften — schon nicht zu entbehren sind. Aber die Bekämpfung der Arbeitszeit, die die Gewerkschaften erringen, so außerordentlich segensreich sie ist, wird zum Teil wieder wett gemacht durch intensivere Arbeit. Die Lohnerhöhung, so begehrenswert sie ist, wärgt der Unternehmer fast reiflos auf den Konsumanten ab, und der Arbeiter ist auch Konsumant.

Keinesfalls vermag die Gewerkschaftsbewegung das Lohnsystem, den Unternehmerrückgang, den Kapitalismus, die Grundrente abzuschaffen oder auch nur wesentlich abzuschwächen. Das ist über das wirkliche Ziel der Arbeiterbewegung. Es geht unendlich über das gewerkschaftliche Ziel der bloßen Besserung innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hinaus. Es beugnet sich nicht mit Reformen, sondern strebt den vollständigen Umsturz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und ihre Ersetzung durch eine neue, die sozialistische Weltanschauung, an. Dies Ziel ist nur auf politische Weise, durch die sozialdemokratische Partei, zu erreichen, und da es unendlich über das gewerkschaftliche Ziel emporragt — deshalb geht die Partei vor die Gewerkschaft.

Zum Ueberflus sei noch darauf hingewiesen, daß alle gewerkschaftlichen Erfolge durch die Gefekgebung in Frage gestellt werden können, und vielleicht auch schon deshalb, und um den Gewerkschaften das freie Kampfgebiet gefeklich zu sichern, gehört der politischen Bewegung der Vorrang vor der gewerkschaftlichen. Ich erwarte von Ihrer Loyalität, daß nachdem Sie Ihre Fragen öffentlich an mich gerichtet haben, Sie nun auch meine Antwort, die ich möglichst kurz gehalten habe, berücksichtigen werden.

Mit kollegialstem Gruß.

Ernst Nagelschmidt, Maurer, Vorsitzender des Parteiverstehens.

Kollege Nagelschmidt hat sich in unserer Lokalität nicht gekündet, seine Antwort auf unsere Frage ist vollständig abgedruckt worden. Aber er muß es uns schon verzeihen, uns nicht diese Antwort noch nicht, noch lange nicht. Kollege Nagelschmidt schreibt zwar recht zuverlässlich, daß es in weiten Kreisen nicht unbekannt sein dürfte, daß die sozialdemokratische Partei früher bestanden habe als die Gewerkschaften; und seit der Zeit ginge die Partei den Gewerkschaften vor. Kollege Nagelschmidt will also sagen: es ist in der Arbeiterbewegung immer so gewesen, immer so aufgesetzt worden, daß der Partei der Vorrang gebühre und daß die Gewerkschaften erst in zweiter oder dritter Linie kämen. Das ist falsch. Wohl hat es eine Periode gegeben, wo dies die offizielle Auffassung war, es war die Zeit, als J. B. von Schweiger Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war, als die Gründung von Gewerkschaften aus politischen Erwägungen erfolgte. Damals wurden die Gewerkschaften als ein Anhängsel der Partei aufgesetzt und teilweise waren sie es auch wirklich. Aber diese Dinge haben sich denn doch im Laufe der Zeit jenseit Zeit verlienen diezhalb etwas geändert. Wo sind heute die damals gegründeten Gewerkschaften? Sie sind im Sturm der Zeiten untergegangen, im Kampfe mit dem Individualismus, mit den Internern, mit der Staatsgewalt untergegangen. Nur wenige von ihnen haben sich durch all dies hindurchschlagen können, und diese wenigen haben ihr Wesen völlig geändert. Die heutigen Gewerkschaften sind nicht „von der Partei“ gegründet worden, wenn ihre Gründer auch zum Teil Sozialdemokraten gewesen sind. Allerdings hat sich die Auffassung von der untergeordneten Bedeutung der Gewerkschaften noch lange fortgeert. Vor fünfzehn Jahren brachte der „Wahre Jakob“ ein Bild, auf dem die deutschen Gewerkschaften als zwei Schusterlehrlinge abgebildet waren; hinter ihnen stand die Partei, als Freie oder Mutter oder was sonst. Und vor wenigen Jahren noch glaubten einige alte gelehrte Häuter die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei als historisch-ökonomisch notwendig beweisen zu müssen. Was Wunder, wenn nun auch heute noch unser guter Kollege Nagelschmidt in Stuttgart diese Meinung teilt, zumal da er Vorsitzender der bürlichen Parteioorganisation ist. Aber eben, weil er dies ist, sollte er auch wissen, in welchem Verhältnis Partei und Gewerkschaft zueinander stehen. In dem jüngsten Beschluß in dieser Sache, das ist die Resolution des Stuttgarter Kongresses, heißt es:

„Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampf des Proletariats gleichwichtige Aufgaben zu erfüllen.“ Und der Mannheimer Parteitag beschloß ein Jahre vorher in derselben Frage:

Die Gewerkschaften sind nicht minder notwendig, wie die sozialdemokratische Partei.

Diese Beschlüsse schreit Kollege Nagelschmidt nicht zu kennen, und wenn er sie kennt, so ist die Geschichte für ihn noch unangenehm, denn er hat sie mit seiner Neugier verlesen. Das wollten wir nur feststellen. Und nach dieser Feststellung halten wir es für unnötig, seine Antwort auf Frage 2 noch näher zu untersuchen.

Alle diese alten Kamellen von der „Abkaffung“ des Lohnsystems, des Unternehmerrückgangs usw., von den „engen Grenzen der Gewerkschaftsbewegung“ imponieren uns gar nicht. Wenn Kollege Nagelschmidt es den Gewerkschaften als einen Mangel anrechnet, daß sie diese Dinge nicht „abkaffen“ können, so fragen wir ihn: kann denn die Partei das Lohnsystem „abkaffen“? Und wenn er sich die Geschichte überlegt, so wird er uns antworten: nein, das kann sie auch nicht. Das sind eben soziale Faktoren, die kein Mensch „abkaffen“ kann, sondern die durch die sozial-ökonomische Entwicklung überwinden werden müssen, und die Aufgabe unserer Organisationen ist, dabei die diese Entwicklung zu beeinflussen, sie zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken. Dabel hat jeder Zweig der proletarischen Bewegung sein Tätigkeitsfeld,

auf dem er zu wirken hat, und wenn dabei die Erfolge fehlen, so liegt es nicht an den „engen Grenzen“, sondern an der fehlenden Kraft.

Aber noch eine Bemerkung. Einige Bemerkungen in dem Schriftlich des Kollegen Nagelschmidt deuten darauf hin, daß er in der Wertschätzung der Arbeit nicht unbewandert ist. Dann kann ihm auch die Grundbegriffe des Marxismus nicht fremd sein, doch alle Wünsche seine materielle Unterlage haben wir, das denmal politische Bewegungen des wirtschaftlichen Interesses als Triebkräfte betrachten. Wie soll nun der Arbeiter tätiger Politiker werden können, wenn er nicht erst seine wirtschaftlichen Interessen kennen und vertreten gelernt hat? Das mag wohl in einzelnen Fällen möglich sein, aber die politische Betätigung der Klasse folgt dem Erkenntnis der wirtschaftlichen Interessen folgen. Die Gewerkschaften aber sind es, die diese Erkenntnis werden, sie in der Organisation zu tatkräftigen Willen umzuwandeln und so die materielle Unterlage der Arbeiterbewegung schaffen.

Wir meinen nicht, daß Kollege Nagelschmidt, wenn er sich dies alles richtig überlegt, seine Auffassung über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft ändern wird.

Die Redaktion des „Grundstein“.

**Stuttgart.** Laut Versammlungsbericht in Nr. 51 des „Grundstein“ glaubt der Zweigverein Plieghäuser den Verbandsrats-Delegierten V. Stuttgart rügen zu müssen. Zur Verehrung und Verühigung der Kollegen in Pl. diene das Verbandsstatut. — Nach § 4 c des Statuts sind alle Mitglieder verpflichtet, sich im Zweigverein des Arbeiters anzumelden, sofern sie nicht jede Woche mindestens einmal nach Hause reisen. Diese Bestimmung haben die in Frage kommenden Plieghäuser Kollegen bisher leider nicht beachtet. Des weiteren wird der § 4 c durch den § 2 a dahingehend ergänzt, daß bei Beachtung des letzteren seitens der Zweigvereinstellung in Pl. und anderer Orte jede Kritik im puncto Zahlung der Beiträge an die Zweigvereine des Arbeiters einfügig wird. Inwieweit in Plieghäuser diesbezüglich das Statut beachtet wurde, zeigt uns der Markenverbrauch im Jahre 1907. Es wurden verkauft 4740 Stück à 50 und 1180 Stück à 60. Laut Statut hat der Zweigverein Pl. nur das Recht, 5  $\frac{3}{4}$  für jede Marke (Zuschlagsbeitrag einbezogen) am Orte zu behalten. Somit sollte an die Zweigvereine der Arbeitersorte abgeliefert werden für Marken à 50  $\frac{3}{4}$  je 10  $\frac{3}{4}$ , für solche à 60  $\frac{3}{4}$  je 14  $\frac{3}{4}$ . Die Berechnung ergibt, daß eine Summe von  $\mathcal{L}$  640 an die Zweigvereine der Arbeitersorte abgeliefert ist. Bezahlt wurden in Stuttgart ganze  $\mathcal{L}$  100, somit verblieben in der Kassa des Plieghäuser  $\mathcal{L}$  540 zu Unrecht nach § 2 a des Statuts. Demnach wäre die Diskussion am 6. Dezember besser unterblieben. Der Delegierte war bei der Begründung des vom Zweigverein Stuttgart gestellten Antrages verpflichtet, wie gesehen, zu handeln. Dem Grundsatze, gleiche Pflichten und gleiche Rechte für alle Mitglieder unseres Verbandes, mögen die Plieghäuser Kollegen beherzigen und anwenden. B.

**Wismar.** Am 27. Dezember tagte in dem neuen Versammlungsorte „Waldfloß“ eine Mitglieder-Versammlung unseres Zweigvereins. Kollege Stüblich hieß die Kollegen in dem neuen Lokale herzlich willkommen und bedauerte, daß von circa 200 Mitgliedern nur 32 gekommen waren. Früher hieß es, das Lokal sei zu klein, jetzt, wo es dem Vorstand mit Mühe gelungen ist, ein großes und das beste Lokal Wismars zu erhalten, soll es den Vorstand tadeln, was die Kollegen nun für Ausreden haben. Über haben sich die Maurer Wismars zum Schlafen hingelassen. Dann rufen wir ihnen zu: Erwacht und kommt zu den Versammlungen! Der Kollege Vogel, zuletzt in Berlin in Arbeit gewesen, soll als neues Mitglied aufgenommen werden, wenn nichts Besseres über ihn von Berlin geschrieben wird. Weiter das bevorstehende Gewerkschaftsvergütungen sprach Kollege Hardie; er ermahnte die Kollegen, das Fest zahlreich zu besuchen. In den neuen Vorstand wurden gewählt Kollege Emil Hardie, Schulstraße, als erster Vorsitzender und Kollege August Kleinhardt, Grenzstraße, als erster Kassierer. Kollege Schönlein beantragte, daß der Begründungstag eines vorhergehenden Kollegen in der Zeitung bekannt gegeben werde; der Antrag wurde angenommen. Dem Vorsitzenden und Kassierer wurden pro Quartal  $\mathcal{L}$  20 bewilligt und dem kranken Kollegen Rudolf Liebenow ebenfalls  $\mathcal{L}$  20. Nachdem der Kollege Stüblich die Kollegen noch ermahnte, das ihm bisher gesandte Vertrauen auch seinem Nachfolger entgegenzubringen, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Unterwiesbach.** Die Jahrsliste Unterwiesbach hielt am 1. Januar ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, die leider schwach besetzt war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ersuchte der Vertrauensmann die Kollegen, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen Reinhold Staud den Blasen zu erheben. Da der Gausvorstand unseren Wünschen, einen Referenten zu schicken, nicht Rechnung getragen hatte, mußten wir mit dem Füchle nehmen, was wir hatten. Kollege Weber gab einen Bericht von der am 20. Dezember vorigen Jahres abgehaltenen Konferenz in Wamberg und deren Beschluß, betreffend die Gründung eines Arbeitersekretariats, das am 1. April d. J. ins Leben tritt. Nachdem der Nutzen und die Vorteile dieser Einrichtung klargelegt worden war, wurde der Anschluß an das Arbeitersekretariat einstimmig beschlossen.

**Wegetal.** (Jahresbericht.) Am Schlusse des Jahres 1907 mußten wir schon sagen, daß das Zweigvereinsgebiet Wegetal bedeutend unter der Arbeitslosigkeit leide, das trifft in noch größerem Maße für das Jahr 1908 zu. Deshalb hörte die Vorstandsvollversammlung auf. Fortschritt können — soweit sich die Ausbreitung des Organisationsgedankens in Mitgliederzahlen ausdrücken läßt — nicht verzeichnet werden. Trotzdem müssen wir sagen, daß wir mit dem Jahre 1908 voll und ganz zufrieden sein können. Die Mitgliederzahl beträgt am Jahreschlusse 231; am Jahreschlusse 1907 dagegen 215. Die durchschnittliche Mitgliederzahl ist hingegen von 255 im Jahre 1907 auf 227,5 gefallen. Wenn wir dabei berücksichtigen, daß im Sommer vorigen Jahres viele unserer Kollegen an anderen Orten in Arbeit fanden und sich nun im Anfang des Winters wieder hier meldeten, so kann der Rückgang der Durchschnittsmitgliederzahl um 27 nicht als ein Verlust be-

trachtet werden. Im Berichtsjahre traten dem Verband hier 37 Kollegen bei, davon waren 7 schon einmal Mitglied. Zugeworben am Ende haben sich 64, abgeworfen abgemeldet haben sich 60 Kollegen; 2 Kollegen erklärten ihren Austritt, da sie in die Beschäftigung der Eisenbahnverwaltung übergingen, und auch nicht den Zutritt hatten, dort, entgegen dem Willen ihrer Vorgesetzten; ihre Verbandszugehörigkeit aufrecht zu erhalten. Auszuschießen brauchten wir voriges Jahr keinen Kollegen; gestorben ist ein Mitglied. Leider mußten wir vier Kollegen wegen Beitragsrückstände freisetzen, sonst würde die Beiträge gut bezahlt. Am Jahreschlusse hatten Rückstände 4 Kollegen 2 Wochen, 1 Kollege 3 Wochen, 5 4 Wochen, 3 5, 2 13 und 2 über 13 Wochen; insgesamt also 22 Kollegen — mit insgesamt 104 Wochenbeiträgen. Zwölf Kollegen wurden zum Militär eingezogen. Als sehr gut müssen wir das vorjährige Finanzergebnis bezeichnen. Es würde noch besser sein, wenn wir nicht allein 1050 Arbeitslosenmarken hätten umsetzen müssen. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken (einschließlich Arbeitslosenmarken) beträgt 9554; die Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt 227,5; demnach entfallen auf ein Mitglied 4,99 Wochenbeiträge. Die reine Einnahme der Hauptkasse betrug  $\mathcal{L}$  4658,10. Das Ausgabenskonto der Hauptkasse weist folgende Posten auf: Für Streits und Baupersonen  $\mathcal{L}$  190,41, Reiseunterstützung  $\mathcal{L}$  187, Krankunterstützung  $\mathcal{L}$  259,70. Die Anteile des Zweigvereins an den Beiträgen beliefen sich auf  $\mathcal{L}$  1127,12. An die Hauptkasse wurden  $\mathcal{L}$  2393,87 abgegeben. Die Einnahme der Kassafofse betrug einschließlich  $\mathcal{L}$  1372,02 Kasienbestand  $\mathcal{L}$  4038,20. Dieser Summe stehen als Ausgaben gegenüber: Für Schriften an den Verbandsvorstand  $\mathcal{L}$  35,50, Gaubeitrag  $\mathcal{L}$  43,70, Kartellbeitrag  $\mathcal{L}$  79,51, Beitrag zum Arbeitersekretariat  $\mathcal{L}$  265,50, für Gemeindegemeinschaften  $\mathcal{L}$  15, für Postunterstützung  $\mathcal{L}$  11, Agitation  $\mathcal{L}$  102,15, Gaukonferenz  $\mathcal{L}$  10, Statistikal und Bautenkontrolle  $\mathcal{L}$  84, Ehrung verstorbenen Kollegen  $\mathcal{L}$  18, persönliche Verwaltungskosten  $\mathcal{L}$  271 (1907:  $\mathcal{L}$  352,45); darunter befinden sich für den Vorsitzenden  $\mathcal{L}$  25, den Kassierer  $\mathcal{L}$  100, den Schriftführer  $\mathcal{L}$  5, „Grundstein“-Kolporteur  $\mathcal{L}$  25, Reiseunterstützungsausgaben  $\mathcal{L}$  13,40, für die Redaktionen  $\mathcal{L}$  17 und für Sitzungen  $\mathcal{L}$  85,60. Auf ein Mitglied berechnet, kostete die persönliche Verwaltung  $\mathcal{L}$  1,18 (1907:  $\mathcal{L}$  1,42); die sachliche Verwaltung beanspruchte  $\mathcal{L}$  1019,89, davon entfallen allein auf das Einzelmitglied Beiträge  $\mathcal{L}$  767,75.  $\mathcal{L}$  50 wurden dem Baubereich überwiesen,  $\mathcal{L}$  284 wurden für Krankenzuschuß aus lokalen Mitteln beansprucht; die sonstigen Ausgaben betragen  $\mathcal{L}$  1140, die Gesamtausgabe der Kassafofse betrug demnach  $\mathcal{L}$  2417,66. Der Kasienbestand betrug am Jahreschlusse 1908  $\mathcal{L}$  1615,64. Die Gesamtentnahmen des Zweigvereins betragen also (ohne alten Kasienbestand)  $\mathcal{L}$  3391,92. Die Tätigkeit des Vorstandes läßt sich emigmalen nach erkennen, daß sich im Berichtsjahre 28 Vorstandssitzungen nötig machten. Versammlungen wurden 18 abgehalten. Der Zweigvereinsvorstand überzeugte sich neumann von der Nichtigkeit der Kasienverhältnisse, die stets in guter Ordnung waren. Wenn, wie oben erwähnt, die Tätigkeit der Zweigvereine im vorigen Jahre von schwerer Rückschlag betroffen hieß, so gehörte ohne weiteres allen Kollegen, die stets ihre Pflicht erfüllt haben, der Dank der gesamten Kollegen des Zweigvereins. Mögen auch im neuen Jahre der Zweigvereinsvorstand, die Kassierstellen und auch alle anderen Mitglieder sich stets ihrer Pflicht bewußt sein. Der Lohn dafür wird nicht ausbleiben, wenn wieder eine bessere Wirtschaftslage eintritt. Auch in Wegetal wurde voriges Jahr auf der Grundlage des Berliner Schiedsspruches ein Vertrag abgeschlossen. Er brachte uns zwar nicht irgendwelche Verbesserungen, soll uns jedoch für die Zeit der wirtschaftlichen Krise das einmal Erreichte sichern. Ob dies gelingen wird, das wird von der Wachsamkeit unserer Kollegen abhängen; jedenfalls müssen wir die Augen offen halten; denn es wirkt befremdend, daß der Arbeitgeberverband ein Mitglied in die Schlichtungskommission wählte, das in einer Sitzung der Schlichtungskommission offen erklärte, den Vertrag noch gar nicht zu kennen. Derselbe Herr bekämpfte in derselben Sitzung den Antrag unseres Kollegen Mann: „Auch bei Verhandlungen vor dem im Paragraphen des Vertrages vorgesehenen Schiedsgericht haben Vertreter der Zentralvorstände das Recht, mit beratender Stimme teilzunehmen“, mit dem Bemerken: die von den Zentralvorständen bestehen von den ganzen Verhältnissen nichts! Als Kollege Mann dann — sogar ein Vorstandsmittelglied des Arbeitgeberverbandes mußte dies auch zugeben — erklärte, daß es sich die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen immer zur Aufgabe gemacht hätten, Differenzen aus Verträgen immer im Sinne der getroffenen Vereinbarungen zu schlichten, konnte sich dieser Herr — er ist auch einmal Vorsitzender des hiesigen Zweigvereins gewesen und konnte sich als solcher gar nicht radikal genug gebären — damit auch noch nicht einverstanden erklären, weil nach seiner Ansicht die Zentralvorstände alles auf gutem Wege regeln wollten. Der Herr ist sich seiner Aufgabe als Schlichtungskommissionsmitglied wahrlich wohl bewußt! Na, wir werden es uns desto mehr angelegen sein lassen, immer strenge Wacht zu halten. Der Arbeitgeberverband errichtete im Juni vorigen Jahres auch einen der beliebtesten unparitätischen Arbeitsnachweise und wünschte dessen Anerkennung im Vertrage. Den Gefallen tat er ihm jedoch nicht, und so muß der Arbeitsnachweis nun als Unschlüssig anzusehen außerhalb des Vertrages sein Dasein fristen. Wir wünschen den Unternehmern hierzu viel Glück und Segen. Im Laufe des Jahres machten sich noch drei Baupersonen über auswärtige Wanderfirmen nötig, um sie zur Innehaltung der hiesigen Arbeitsbedingungen zu veranlassen. Alle drei Sperren konnten nach wenigen Tagen vor uns als erfolgreich aufgehoben werden.

**Gliesenleger.** Am 27. Dezember tagte in unserem Verbandslokal bei S. Wäcker unsere Jahres-Generalversammlung. Verschiedene Kollegen führten Klage über die Firma Geuer & Pumbhof, die erst Gliesenleger nach den Bauten schiedt, aber die Gliesenler über einen halben Tag später fahren läßt, auch verlangt sie in letzter Zeit, daß kleinere Kosten Gliesen vom Bager oder Geschäft abgeholt, aber auch

übriggebliebene wieder hingebraucht werden sollen. Kollege Tott meinte, das läge meistens an den Kollegen selbst; ihm hätte noch nie einer zu etwas angeboten. Aber das wären alles Folgen der schönen Erziehung, die die Kollegen im Zentralverband genossen; denn die Zentralverbände erzeugen ihre Mitglieder nicht zu richtigen Kampflämpfern, sondern ardeten immer mehr zu Unterfertigungsberebänden aus. Bedauer wundert sich auch darüber, daß Kollege Wömelburg noch immer die Arbeitslosenunterstützung für unseren Verband bekämpfe, und meinte weiter, wir hätten überhaupt wenig vom Verbände der Maurer zu erwarten, das wäre darauf ersichtlich, daß uns keine Vertrauensperson bewilligt werden solle. Im Falle eines Streiks müßte man sich an einen zu wenden, und die Antworten auf Anfragen bei den anderen Sektionen einlesen, davon könne ja Kollege Fischeb ein Lied singen. Auch Kollege Waldheim-Berlin hätte über Flielenlagerangelegenheiten vor und nach dem Verbandstage den Mund so voll genommen, aber er hätte bis jetzt noch nichts wieder von sich hören lassen. Bedner wies dann auf den Mannheimer Metallarbeiterstreik hin; da könne man sehen, wie es die Führer machten; wenn die Mitglieder nicht nach ihrer Pfeife tanzten, würden sie den Dungen überliefert. Er betauerte sehr, daß nicht einem jeden die Gelegenheit geboten wäre, den Dreyerischen Artikel in Nr. 52 der „Einigkeit“ zu lesen. Kollege Gufstabus betonte demgegenüber, daß auch einige Rechte auf dem letzten Verbandstage ausgesprochen seien, wir hätten ja nicht nötig, schon für immer damit zufrieden zu sein. Tott solle nicht alles so einseitig vom Standpunkt der Freien Vereinigung betrachten, als dann die Kollegen Wagener und Gendel einiges über Affären bei Streits gesprochen, erstattete Kollege Ring den Kasienbericht. Dann wurde beschloffen, über  $\mathcal{L}$  5 Sektionskosten, die vom Zweigvereinsvorstand anerkannt, aber von den Redaktionen zurückgefordert, ins Ausbunk bei dem Verbandsvorstand einzuholen, um in dieser Sache fernere Streitigkeiten zu vermeiden. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Georg Tott, Mostestraße 18, -3. St., zum ersten Vorsitzenden und Kollege Ring zum Kassierer gewählt. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Mailand.** In Mailand führt die Metallfirma Villeroy & Boch Arbeiten aus. Dabei hat sie kürzlich einige Kollegen gemahrt, woraus Differenzen entstanden sind. Die Kollegen bitten um Fernhaltung des Zugewes. Arbeitsangebote der Firma nach Mailand sind deswegen zurückzuziehen.

**Isolierer und Steinholzleger.**

**Breslau.** Am 3. Januar tagte im „Ritter Ehem“, Kupperfriedstraße, eine Versammlung der Isolierer, nachdem eine Besprechung am Sonntag vorher vorausgegangen war. In dieser Versammlung wurde eine Sektion der Isolierer und Steinholzleger gegründet. Als Vorsitzender wurde der Kollege Richard Grotzer, Neue Lausitzerstr. 32, part., und als Kassierer Kollege Max Nibel, Margarethenstr. 19, 4. St., gewählt. Nach Erledigung der Vorstandswahlen hielt Kollege Bachmann einen kurzen Vortrag, der den Zweck hatte, die neuen Kollegen in unsere Organisation einzuführen. Beschloffen wurde noch, für die Kasse der Sektion einen Lokalzuschlag von 5  $\frac{3}{4}$  zu erheben.

**Dresden.** Am 27. Dezember v. J. fand im Volkshaus die Generalversammlung statt. Zunächst gab der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem der Austritt unseres Verbandes aus der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ und der erfolglose Anschlag an die Generalversammlung herborzuheben würde. Der Kassierenbericht wies diesmal in der Versammlung im Januar bekannt gegeben werden, um die Abrechnung bis zum Schlusse des Jahres zu bekommen und auch, um den mit ihren Beiträgen im Rückstand befindlichen Kollegen, die längere Zeit auswärts, diesfalls im Auslande, beschäftigt waren, Gelegenheit zu geben, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Bei der erfolgten Neubewähl des Gesamtvorstandes wurde Kollege Fröhlich als erster Vorsitzender, Günther als Kassierer wiedergewählt. In „Gewerkschaftlichen“ kam zur Sprache, daß Kollege Wömel zu Unrecht verurteilt worden war. Hier wurde von der Versammlung volle Medifikation zu teil. Sicur erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Leipzig.** In der am dritten Feiertage abgehaltenen Generalversammlung der Steinholzleger gab der Vorsitzende den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahre. Eine große Anzahl von Kollegen hat dem Verbände den Rücken gekehrt, nachdem sie sich mit Hilfe der Organisation ihre Lebenslage gegen früher bedeutend verbessert hatten. Sogar mehrere ältere Kollegen, die bei jeder Gelegenheit ihre sozialdemokratische Gesinnung anpreisen, zahlen nicht nur selbst keine Beiträge, sondern halten noch die jüngeren Kollegen davon ab. Unter den Sorgenanlegern soll es in dieser Hinsicht am allererschimmtesten bestellt sein. Man kann sich der Hoffnung hingeben, daß es durch eine schärfere Kontrolle durch die Maurer und Bauarbeiter möglich sein wird, die Organisation bei den Leipziger Steinholzlegern wieder in die Höhe zu bringen. In den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion. Der Geschäftsleiter, Kollege Lange aus Berlin, teilte mit, daß der Anschlag unserer Organisation an die Generalversammlung am 18. Dezember vollzogen worden ist. Es könnten also alle in der Steinholzindustrie beschäftigten Kollegen nun noch in den Verband der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands aufgenommen werden. Kollege Lange forderte die Kollegen auf, die im Maurerverbände organisiert sind und aus alter Unhänglichkeit nicht übertraten wollen, dafür zu sorgen, daß alle in der Steinholzbranche tätigen Kollegen organisiert werden. Es sei bis jetzt von diesen Kollegen wenig getan worden, obwohl sie doch besonders für die Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche hätten eintreten müssen. Bei der Vorstandswahl wurden als erster Vorsitzender Emil Wlajus, Leipzig-L., Hellmuthstraße 15, 8. St., und als Kassierer Bruno Espenhein, Leipzig-Binnewau, Gundorfstraße 8, 1. St., gewählt. Alle geschäftlichen Sachen sind an den Kollegen Wlajus, alle Gebührenden an den Kollegen Espenhein zu richten. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde beschloffen, das „Restaurant Wurnhof“, Inhaber Louis Kästner, in Leipzig-Binnewau, GutsMuthstraße, als unser Verbandslokal zu bestimmen. Es

**Gliesenleger.**

**Danauer.** Am 27. Dezember tagte in unserem Verbandslokal bei S. Wäcker unsere Jahres-Generalversammlung. Verschiedene Kollegen führten Klage über die Firma Geuer & Pumbhof, die erst Gliesenleger nach den Bauten schiedt, aber die Gliesenler über einen halben Tag später fahren läßt, auch verlangt sie in letzter Zeit, daß kleinere Kosten Gliesen vom Bager oder Geschäft abgeholt, aber auch

können hier, außer beim Kassierer, zu jeder Zeit Beitrags-

Protokoll des Einigungsamtes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.

Essen, den 10. Dezember 1908.

Anwesend: Beigeordneter Rath als Vorsitzender, Baugewerksmeister G. Walter-Nöblinghausen, Verbandsdirektor H. Schmiebhaus-Essen, Bauunternehmer C. Franzen-Witten, Bauunternehmer Fr. Platte-Sagen i. B., Bauunternehmer Joh. Franke-Münster i. B., Bauunternehmer Joh. Balduin-Duisburg-Beck, Gaulteier F. Kahl-Dortmund, Gaulteier G. Peters-Dortmund, Gaulteier F. Walter-Düsseldorf, Gewerkschaftssekretär H. Koch-Bodum, Gewerkschaftssekretär Th. Kaufgen-Bodum, Gewerkschaftssekretär Friedr. Werner-Raderborn als Mitglieder und Oberstadtssekretär Greve als Protokollführer.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags. Er teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber für 30, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Öbmannen bestmögliche Vertreter aus dem Kreise der Arbeitnehmer für 10 Schlichtungskommissionsbezirke bisher mitgeteilt hätten.

Zu Punkt 1. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 2. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 3. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 4. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 5. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 6. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 7. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 8. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 9. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 10. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 11. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 12. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 13. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 14. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 15. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 16. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 17. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 18. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 19. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 20. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 21. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 22. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 23. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 24. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 25. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 26. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 27. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 28. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 29. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 30. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 31. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 32. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 33. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 34. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 35. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 36. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 37. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 38. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 39. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 40. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 41. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 42. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 43. Dieser Punkt wurde vertagt. Zu Punkt 44. Dieser Punkt wurde vertagt.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung: Beschwerde des Gewerkschaftssekretärs Werner gegen die Firma Wogelhan, weil sie den festgelegten Pauschalbetrag für Ueberstunden nicht zahlt.

Zu Punkt 17. Dieser Punkt wurde zur weiteren Verhandlung an die Schlichtungskommission West vertragen.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung: Beschwerde des Gewerkschaftssekretärs Köhler gegen den Bauunternehmer Gahn wegen Weigerung, den tariflich festgelegten Stundenlohn zu zahlen.

Zu Punkt 18. Verbandsdirektor Schmiebhaus teilte mit, daß nach Mitteilung des Bauunternehmers Gahn die Differenz gezahlt sei. Daraufhin wurde die Angelegenheit als erledigt betrachtet.

Der Vorsitzende schloß die Sitzung um 8 1/2 Uhr abends. Rath, Vorsitzender. Greve, Protokollführer.

Zentralrankenkasse. („Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 27. Dezember 1908 bis 2. Januar 1909 sind folgende Beiträge eingegangen: Von der hiesigen Verwaltung in Hamburg M. 300, Altona 300, Riechberg 300, Dresden 250, Driesen 250, Maffensberg 200, Leipzig-Rudolzig 200, Steglitz 200, Halbe 200, Wittenberg 200, Wittenbühl 200, Schwanditz a. d. Elbe 200, Zschornhausen 150, Jordan-Paradies 150, Friedland 150, Mittelbau 140, Bergdorf 100, Gajons 100, Groß-Neuborf 100, Plana a. d. B. 100, Gabel 100, Hannover 100, Seyda 100, Oberhain 100, Frankfurt a. M. 100, Bamme 100, Müsterey i. Oberlausitz 100, Wursch 75, Langendree 70, Frankenthal 60, Badrina 60, Falkenberg 50, Frieleda 50, Frankenstein 50, Ohlan 50, Summa M. 4865.

Zufüsse erhielten: Neu-Banglow M. 400, Wänden 400, Gerfur 400, Nüthenberg 300, Dortmund 300, Danzig 300, Weichsel 225, Grumburg 200, Worsum 200, Königshagen i. Pr. 200, Mannheim 200, Dierberg i. d. Pfalz 200, Karlsruhe i. B. 200, Zinnenhausen 150, Kamperfeld 150, Essen a. d. R. 100, Zehndorf 100, Pantow 100, Seichheim 100, Deutsch Wlfa 100, Baldorf 100, Warden 100, Warborn 100, Bernsdorf 100, Groß-Warand 100, Lengera 50, Wörth a. Rh. 50, Wiesbaden 50, Grafentonna 50, Weidenich 50, Kappel 50, Eichenhausen a. d. Elbe 40, Bölsig 30, Hainstadt 30. Summa M. 6225.

Altona, den 2. Januar 1909. Karl Reif, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

\* Edison's Betonhaus. Im vorigen Jahre berichteten wir über einen neuen Baustoff, der den Namen Zeton führt, aus dem man in ganz kurzer Zeit fertige Häuser zum Wohnungsbau herstellen kann. Die Bauausführung in Stuttgart wies indes dieser Bauweisen auf, seitdem hat man aber nichts wieder davon gehört, daß der neue Baustoff irgendwo praktisch verwertet worden sei. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß man es früher oder später doch tun wird, aber zunächst sieht die Sache so aus, als wenn es ein geistreicher technischer Witz sei, der für eine kurze Zeit die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, um später in die Kumpellammer aller wertlosen Kuriositäten zu wandern. Vor ungefähr einem halben Jahre tauchte die Nachricht auf, der geniale Erfinder Edison hätte eine Methode erfunden, nach der er ein zweistöckiges Wohnhaus für eine Familie in einem Tage herstellen könnte, und zwar wollte er dabei Gussformen und als Baustoff eine Betonmasse verwenden. Bei allem Respekt vor dem technischen Genie Edison's, hat man sich seit längerer Zeit leider daran gewöhnen müssen, Nachrichten über epochemachende Edison'sche Erfindungen mit ziemlicher Steifnis aufzunehmen. Und darum fragte man auch weiter nicht nach dieser neuen Erfindung. Aber in den letzten Tagen kam die Meldung, daß eine Firma bereits an die Ausführung des Planes gegangen sei. Von diesem „Haus der Zukunft“ erzählt H. Baumgarten in „Ueber Land und Meer“. Edison will ein zweistöckiges Einfamilienhaus in einem Tage und für den bescheidensten Preis von 4.000 aus Beton gießen. Die höchsten Formen, die aus Gussformen bestehen und innen vermindert sind, werden nach dem Bauplatz transportiert, dort mit Schrauben und Bolzen aneinandergefügt und dann erst aufgerichtet. In die Hohlräume wird nun die Masse, die aus einem Teile Zement und aus je drei Teilen Sand und zerhacktem Stein besteht, mit Hilfe hydraulischer Maschinen von oben hineingepumpt, bis die Formen gefüllt sind. Inbegriffen in Form und Guß sind Treppen, Kamine, Wannen, Waightsche Aufwandslöcher für die Küche usw., so daß hier tatsächlich ein Haus „ohne Raht“ geschaffen wird. Nach circa acht Tagen können die Formen entfernt und nach weiteren acht Tagen, in denen die Masse eisenhart geworden ist, kann das Haus bezogen werden. Der Preis könnte noch geringer sein als 4.000, wenn die Formen für das Modell nicht 125.000 Loheten und für den Bauherren die Gefahr vorläge, daß ein bestimmtes Modell nicht genügend viele Abnehmer findet. Wenn man bisher Beton nur beim Bau von Fabrikgebäuden, Arbeiterwohnungen, Brücken usw. verwendet hat, so ist dies aus dem Vorurteil zu erklären, daß mit diesem Material keine architektonischen Effekte zu erzielen und daß Betonhäuser feucht, dumpf und kalt wären. Nun haben aber zwei deutsch-amerikanische Architekten und ein deutsch-amerikanischer Bauherr durch einen praktischen Versuch erwiesen, daß dieses Vorurteil falsch ist. Ein Brauereibesitzer hat auf einer Farm, die er an einem schönen Seeufer in Wisconsin besitzt, auch sein eigenes, elegantes dreistöckiges Wohnhaus, die Wohnungen der Verwalter und des Personals aus Beton erbauen lassen. Die Bauten sollten vor allem auch durch ihr kostengünstiges Aussehen die Allgemeinheit zur Nachahmung bestimmen. Schon die Abbildungen lassen erkennen, daß den Architekten diese Aufgabe glänzend gelungen ist. (?) Außer Stahl und Eisen ist dabei kein anderes Material als Beton bei den gesamten Bauarbeiten verwendet worden. Drei Vorzüge

werden diesen Betonbauten besonders nachgerühmt. Ebenso sind sie feuerfester, so daß eine Versicherung fast überflüssig wird; dazu sind sie wasserdicht und frei von jeglichem Ungeziefer. Außerdem sind sie wohl das Dauerhafteste, was geschaffen werden kann, und bedürfen daher nur geringer Reparaturen. Schließlich sind sie auch bedeutend billiger als die in der üblichen Art errichteten Gebäude.

Womit der Berichterstatter jener Zeitschrift. Wir wollen dazu nur bemerken, daß die Sache ja sehr interessant ist, daß aber ein Grund zur Befürchtung, es würde nun mit dem ehrsamem Maurerhandwerk reizend schnell vorbei sein, trotzdem noch nicht vorliegt. Die Sache ist uns doch noch zu amerikanisch.

**Gewerkschaftliches.**

Der Protest gegen die Tabaksteuer beruht die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands einen Kongreß aller in der Tabakindustrie und in den Hilfsberufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Der Kongreß soll am 18. Januar in Berlin tagen.

Die Tarifverträge im Jahre 1907. Während die Statistik für das Jahr 1906 nur 1646 Tarifverträge für 46 033 Betriebe mit 380 401 Arbeitern als im Jahre 1906 abgeschlossen oder erneuert zählte, sind für das Jahr 1907 von den Arbeitnehmerverbänden als abgeschlossen, erneuert oder verlängert 2811 Tarife für 42 145 Betriebe mit 372 794 Personen abgeschlossen worden. Als Bestand am 1. Januar 1907 sind 3562 Tarife für 97 344 Betriebe mit 817 150 Personen verzeichnet; als Bestand am 31. Dezember 1907 5319 Tarife für 410 980 Betriebe mit 974 074 Personen. Befragt waren sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmerverbände, die Arbeitgeber hatten aber nur über 319 im Jahre 1907 abgeschlossene Tarifverträge berichtet. Diese geringe Zahl wird in der Hauptsache dadurch erklärt, daß die größeren Arbeitgeberverbände nur einige Tarifverträge abgeschlossen haben, während die kleineren Ortsgruppen und Einzelkämpfer, die mit den Arbeitnehmerverbänden Vereinbarungen trafen, dem Hauptvereine in vielen Fällen gar keine Nachrich davon geben.

**Soziales.**

Die Arbeitslosigkeit ist kürzlich in München festgestellt worden. Es wurden dort (nach der Berliner Zählmethode, bei der sich die Arbeitslosen in Zählstellen zu melden haben) 8062 Arbeitslose beiderlei Geschlechts mit 6712 Kindern gezählt. Der Gemeinderat beschäftigte sich auf Antrag der Sozialdemokraten mit der Frage, wie die Not der Arbeitslosen gemindert werden könnte. Ein Antrag der Sozialdemokraten, sofort M. 50 000 für die erste Hilfe zu bewilligen, wurde von den Liberalen und dem Zentrum abgelehnt. Ein Zentrumsmann redete einer Reduzierung der tariflichen Löhne bei den Notstandarbeiten das Wort, ohne daß ihm andere als Sozialdemokraten widersprochen hätten. Man hat zwei Kommissionen eingesetzt, die die Abhilfe vorberaten sollen.

**Polizei und Gerichte.**

Eine sehr angebrachte Korrektur erhielt ein Urteil des Schöffengerichtes Kesselbin, das unser dortiges Mitglied Reich zu vier Monaten Gefängnis verurteilte. Reich wollte auf dem Wege von der Arbeit für den Verband agitieren, stieß aber dabei auf Widerstand und schließlich kam es zu gegenseitigen Schimpereien. Die Folge war eine Klage und ein Strafverfahren wegen Beleidigung und ein Verfahren wegen Bedrohung. Dafür die oben genannte hohe Strafe. In der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Regensburg nahm der Privatkläger Klage und Strafverfahren wegen Beleidigung zurück, wegen der Bedrohung erkannte das Gericht auf eine Woche Gefängnis.

**Eingegangene Schriften.**

Die „Neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie, Verlag von Paul Singer, Stuttgart, Heft 14. Preis 25 A.

Im Verlag von J. G. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist erschienen: Die Novelle zur Gewerbeordnung vom Dezember 1908. Von Arthur Stadthagen. Preis 20 A. In der Broschüre findet der Leser die Bestimmungen der Bremer Uebereinkunft, den Schutz gewerblicher Arbeiterinnen betreffend, ferner die Novelle zur Gewerbeordnung nebst Einführung und Anmerkungen sowie den Text der Novelle in einer Gegenüberstellung der alten mit der neuen Fassung, wie sie dem Reichstag am 9. Dezember beschlossen worden ist. Diese Ausgabe ist für alle Interessierten unentbehrlich und für die Leser des „Arbeiterrechts“ wird sie eine willkommene Ergänzung bilden.

Aus der Tiefen Arbeiterbriefe, Morgen-Verlag, Berlin W. Beiträge zur Seelenanalyse moderner Arbeiter, herausgegeben von Adolf Rentschlein. Der Herausgeber hat es sich zur Aufgabe gemacht, das innerste Denken des modernen (Innovations-)Arbeiter an die Oberfläche zu ziehen. Die veröffentlichten Briefe beweisen die uns nicht neue Tatsache, daß in der großen schmalen Masse der „untern“ Schichten des Volkes geistige Kräfte wecken, wie man sie auf den Höhen der Gesellschaft oft vergebens sucht. Das Buch stellt den ersten Versuch dieser Art dar, es ist ein Dokument der Zeitgeschichte.

Der „Säbdeutsche Postillon“, Neujahrsnummer, Verlag von Ernst, München. Preis 10 A.

Der Wahre Jakob, Jubiläumssnummer aus Anlaß des 25jährigen Bestehens, Verlag von Paul Singer, Stuttgart. Preis 10 A.

**Briefkasten.**

Sterbengängen mußten diesmal wieder in größerer Zahl zurückgewiesen werden, weil sie zu spät eingingen. Das tut uns sehr leid, wir können aber nicht anders, denn wir sind an die dafür aufgestellten Regeln gebunden. Die Zweigvereinsvorstände bitten wir darum, bei jedem Todesfälle daran zu denken, daß er nur dann im „Grundstein“ bekanntgegeben werden kann, wenn er uns p a s t e n s e i n e W o c h e nach dem Todesfälle mitgeteilt wird.

Veranstaltungsanzeigen schreibt man so wie dies Beispiel:

Samstag, den 24. Januar.  
Neustadt. Nachm. 8 1/2 Uhr bei Tingo, Langstr. 2.  
L.-D.: Vortrag: Vorhandswahl. Beschließendes.  
Wähler müssen mitgebracht werden.

Zahlflecken, Sektionen, Jollierer, Krankenkassen müssen besonders benannt werden. Anzeigen ohne Angabe der Tageszeit und des Lokals werden nicht aufgenommen.

Größtens. Bei der Veranstaltungsanzeige war der Tag nicht angegeben.

W. S. in St. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Du meinst auf Nachname? Das tut sie sicher.

Limbach. Paul Müller, Hamburg 1, Westendborst 67.

G. R. 148. Die Miete ist für den gemieteten Gegenstand, in diesem Falle die Wohnung, für die ganze Dauer des Mietverhältnisses zu zahlen, unbekümmert darum, ob die gemietete Sache benötigt wird oder nicht. Die Benutzung des Hofraumes durch den Vermieter braucht nicht gebudelt zu werden.

F. R. 100. Die Ordnung der gültigrechtlichen Verhältnisse der Eheleute zueinander muß bei Eingehung einer Ehe durch Ehevertrag geregelt werden. Der Ehevertrag muß bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile vor Gericht oder von einem Notar geschlossen werden. Ueber die Rechtswirksamkeit des Ehevertrages ersucht man sich am besten bei dem Notar, da die Ausführungen darüber an dieser Stelle zu weitläufig werden würden.

Leuchtern, mehrere Kollegen. Verloren gegangen ist nichts von dem Bericht, aber wir haben einige Sätze geändert, die nicht in den „Grundstein“ hineingehören. Nun aufgeben? Oder sollen wir deutlicher werden?

Dresden. Sterbengänge vom 12. Dezember abgelehnt.

**Anzeigen**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbände, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste kostet 15 A.)

Altenburg. Am 31. Dezember starb unser Mitglied **Arno Schlenzig** aus Göhren im Alter von 28 Jahren nach langer Krankheit an Lungenerkrankung.  
Annaberg. Am 28. Dezember starb unser treues Mitglied **Max Langer** Goyersdorf, insolge Ertrinkens beim Eisgehen seinen Tod.  
Barmen. Am 31. Dezember starb unser Mitglied **Emil Oeschmann** im Alter von 30 Jahren an Nierenentzündung.

Hilbe. Am 26. Dezember starb nach langem Krankenlager unser treuer Verbandskollege und Mitbegründer der Bohlsche **Martin Drzewski** im Alter von 34 Jahren an Lungenerkrankung.

Frankfurt a. M. N.-S. w. a. l. b. d. c. Am 20. Dezember starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser treuer Verbandskollege **Fritz Graf** im Alter von 32 Jahren an Halsentzündung.

Goldberg i. Schl. Am 2. Januar starb nach langem Krankenlager unser Kollege **Richard Langer** im blühenden Alter von 31 Jahren an Lungenerkrankung.

Salze a. d. E. Am 22. Dezember starb unser Verbandskollege **Hermann Hartwig** im Alter von 38 Jahren.

Regen. Am 27. Dezember starb unser Verbandskollege **Gustav Steinert** im Alter von 52 Jahren an Lungenschwindsucht.

Ludwigsfelde. Am 23. Dezember starb unser Kollege **Friedrich Richter** im Alter von 62 Jahren an Gehirnentzündung.

München. (Neubausen.) Am 29. Dezember starb unser Kollege **Johann Scheuerer** im Alter von 84 Jahren. — (Sendling.) Am 30. Dezember starb unser Kollege **Konrad Märkl** im Alter von 40 Jahren, beide an der Prostaterkrankung.

Berleberg. Am 11. Dezember starb nach langer Krankheit unser treuer Verbandskollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Ludw. Böttcher** im Alter von 35 Jahren an Lungenschwindsucht.

Quakenbrück. Am 22. Dezember starb nach kurzer Krankheit unser Kollege **Gerhard Jütte** im Alter von 25 Jahren.

Zöllingen. Am 29. Dezember starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Karl Bremer** im Alter von 66 Jahren an Blasenkrebs.

Weyersberg. Am 2. Januar starb nach längerem Leiden unser Kollege **Ernst Bültemann** im Alter von 49 Jahren.

Zielting. Am 28. Dezember starb nach langem Lungenerkrankung unser Verbandskollege **Franz Schulz** im Alter von 54 Jahren. Wir verlieren in ihm ein treues Mitglied unseres Zweigvereins.  
Ehre ihrem Andenken!

[M. 3] Driesen.  
Sonabend, den 16. Januar 1909, abends 6 Uhr:

**Wintervergnügen**

im Lokale von P. Junge, bestehend in Konzert, humoristischen Vorträgen und Ball, wozu die Kollegen von Driesen und Umgegend mit ihren Familien freundlichst eingeladen werden. Der Vorstand.

**Zeulenroda.**

Sonntag, den 17. Januar, abends 6 Uhr: **\* Stiftungsfest \*** in Pohlands Lokal.  
Die Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen.  
[M. 2/70] Das Komitee.

P. Bachmann, Verb. = Nr. 249 183, geboren am 15. März 1885 zu Hintersee, eingetrieben am 3. September 1904, wird erlucht, seine Adresse an E. Herfort, Dortmund, Nordstr. 20, 3. Et., gelangen zu lassen. [M. 120]

**Adressen-Veränderungen.**

(V. Sekret. Vorsitzender, K. Kallert, 1. Verkehrlotel, H. Heberge, 12. Rosenentwertung wird ausgeh. tel.)  
Breslau. (Sektion der Jollierer und Steinholzsleger.) V. Mich. Gürtler, Neue Tantenstr. 32; part. K. Max Nibel, Margarethenstr. 19, 4. Et.  
Kulba. Aufschreiben sind bis auf weiteres an Heinrich Hüttmann, Frankfurt a. M., Alleeplatzstr. 51, 3. Et., zu richten.  
Kz. Müller, Florengasse 13, 2. Et., beim katholischen Seelsorger, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 6 Uhr an.  
Saria. V. Alwin Nibel, Annenstr. 11, 5., 1. Et.

**Veranstaltungs-Anzeiger.**

- Verbandsversammlungen der Maurer.**  
Sonabend, den 9. Januar.  
Freienwalde a. d. O. Abends 8 Uhr im Vorderhof. L.-D.: Neuwahl des Vorstandes. Bis 8 Uhr werden rückständige Beiträge quittiert.  
Gladbeck. Abends 7 1/2 Uhr bei Nicker. Wähler mitbringen.
- Sonntag, den 10. Januar.**  
Bernau i. d. M. Nachm. 1 Uhr Generalversammlung im Lokale von Wünsche, Kaiserstraße. L.-D.: Jahresbericht. Quartals- und Jahresrechnung. Neuwahl des Vorstandes.  
Cunnersdorf. Nachm. 8 Uhr Generalversammlung in der „Ambrosiaschenke“. L.-D.: Vorhandswahl. Jahresabrechnung.
- Dellitzsch.** Nachm. 3 Uhr im Lindenhof.  
Driesen. Nachm. 1 1/2 Uhr im Lokale von P. Junge. L.-D.: Vorhandswahl.  
Glogau. Norm. 11 Uhr. L.-D.: Vorhandswahl.
- Holzhausen.** Nachm. 2 Uhr bei Schindlermarkt. Wichtige Tagesordnung.
- Lochau.** Nachm. 3 Uhr bei G. Weichen in Gänbich. L.-D.: Vorhandswahl.  
Nachm. 5 Uhr im „Garten zur Lindenstraße“, Steinbühl Nr. 6.  
Ohlau. L.-D.: Vorhandswahl. Abrechnung von 4. Quartal. Beschließendes.  
Nachm. 8 Uhr bei Schumann. Beitrag wird entgegengenommen.
- Oranienburg.** L.-D.: Wahl des gesamten Vorstandes.
- Dienstag, den 12. Januar.**  
Frankfurt a. d. O. Abends 6 Uhr Generalversammlung. L.-D.: Jahresbericht. Vorhandswahl.
- Sonabend, den 16. Januar.**  
Aken. Abends 8 1/2 Uhr. L.-D.: Vorhandswahl.
- Sonntag, den 17. Januar.**  
Allstedt. Nachm. 4 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal. L.-D.: Jahresabschlussbericht. Lokalunterstützung etc. Neuwahl der Verwaltung. Beschließendes.  
Nachm. 7 1/2 Uhr Generalversammlung im „Gewerkschaftssaal“, Beschließendes.  
Coblentz. Nachm. 1 1/2 Uhr Quartalsversammlung bei H. Bachmann. L.-D.: Jahresbericht. Abrechnung. Vorhandswahl. Beschließendes.  
Fürstenwalde a. d. Spre. Vorm. 10 Uhr in der „Philharmonie“. L.-D.: Wahl des Vorstandes. Lokaltage. Kaffee der Beiträge. Abrechnung. Vorhandswahl.  
Ribnitz. Nachm. 4 Uhr bei Botenberg. L.-D.: Quartals- und Jahresabrechnung. Vorhandswahl.
- Sorau i. d. N.-L.** Nachm. 7 1/2 Uhr in der „Flora“. Wichtige Tagesordnung. (11 1/2 h. h. e. u. r. e und B. e. m. e. n. t. u. r. e.) Vorm. 10 Uhr in der „Blauen Glode“.
- Sonabend, den 23. Januar.**  
Langenwelzendorf. Abends 8 Uhr bei Sporn.
- Zentralkrankentasse der Maurer usw.**  
Sonntag, den 10. Januar.  
Driesen. Nachm. 5 Uhr im Lokale von P. Junge. L.-D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Vorhandswahl. Beschließendes.
- Sonntag, den 17. Januar.**  
Gransow. Nachm. 8 Uhr bei Frank. L.-D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Vorhandswahl. Beschließendes.  
Luckenwalde. Abrechnung vom vierten Quartal. Bericht des Ortsverwaltung. Wahl der Ortsverwaltung.  
Oranienburg. Nachm. 1 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Emil Schumann, Oranienburg, Gehlenstr. 24. L.-D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Beschließendes.  
Werder a. d. H. Nachm. 1 1/2 Uhr Generalversammlung im Lokale von Weg. L.-D.: Vorhandswahl.